

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 26.

Freitag, den 31. Januar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu 2 Beilagen und „Die Neue Welt“

Eine Gegenrevolution?

Die Jungtürkenherrschaft währt noch keine fünf Tage und zeigt in ihren Fundamenten schon klaffende Risse. Eine Konstantinopeler Nachricht meldet von Konflikten im Lager an der Tschataldschalinie, vom Streite der jungtürkischen mit den ligistisch gesinnten Offizieren, ja von blutigen Zusammenstößen der beiden Offiziersparteien. Und ein Gerücht weiß gar zu erzählen, Abul Pascha schickte sich an, an der Spitze des viersten Armeekorps von Tschataldscha nach Konstantinopel zu marschieren, um der Jungtürkenherrschaft ein Ende zu bereiten. Der nächste Grund der Erbitterung bei den Offizieren, die der liberalen Liga anhängen, soll die Ermordung Kasim Paschas sein. Denn der gemessene Kriegsminister hatte in den Kreisen der ligistischen Offiziere viele Anhänger, und wenn ihm die Jungtürken die Schuld an der Niederlage des Heeres geben, so behaupten die ligistischen Offiziere umgekehrt, er habe stets von der Offensive abgeraten, da ja das türkische Heer noch nicht gerüstet genug war, sei also an dem Mißlingen der Operationen unschuldig, und seiner Tätigkeit sei es zu danken, daß die fliehenden Trümmer der thrakischen Armee hinter der Tschataldschalinie wieder zu einer kampffähigen Armee wurden. Wie dem auch sei, gewiß ist, daß die Jungtürken nicht in dem Maße, als sie zuerst behaupteten, Offizierskorps und Heer beherrschen, sonst würden Gerüchte und Meldungen von der angeführten Art nicht möglich sein. Denn wenn sie selbst den Tatbestand übertrieben, wie man bei der Nachricht von dem bevorstehenden Anmarsch des Armeekorps vielleicht annehmen kann, so sind sie bezeichnend für die in Konstantinopel selbst herrschende Stimmung und ein Beweis, daß sich das Vertrauen von den Jungtürken abzuwenden beginnt.

Zu der Tat ist die Lage des jungtürkischen Ministeriums furchtbar. Sie ist die Lage von Leuten, die sich eines Ungehorsams unterfangen haben, mit einem Versprechen, das einzulösen sie außerstande sind. Dem Großwesir Mahmud Schefket stellte sich die Schwierigkeit seiner Unternehmung schon bei dem Versuch dar, einen Minister des Auswärtigen zu finden. Er erhielt eine Absage nach der anderen und mußte schließlich den Prinzen Said Halim Pascha für das Amt werben. Auch sind zweifellos die Auskünfte, die er sowohl von dem gestürzten Minister des Auswärtigen Noradunglian als von den Botschaftern erhielt, nur geeignet gewesen, ihn aller Illusionen zu berauben, als hätte er ein Nachgeben der Mächte zu erwarten. Auf dem Wege der Verhandlungen kann die neue Regierung nicht mehr erreichen, als der alten zuteil geworden ist. Wenn sie ihr Versprechen, Adrianopel dem Reiche zu bewahren, in Erfüllung bringen will, muß sie das Schwert ziehen. Und doch ist sehr die Frage, ob die günstigen Vorstellungen von der Beschaffenheit und dem Geiste des türkischen Heeres, die von den Jungtürken verbreitet werden, mit der Wahrheit bestehen können. Wird doch erzählt, auch jetzt leide das Heer Mangel an Lebensmitteln, auch jetzt gebreche es an dem Notwendigsten der Ausrüstung. Dazu kommt jedoch die Uneinigkeit im Heere selbst. In den Jungtürken lebt reiner Parteigeist. Der Name des Vaterlandes ist die trügerische Lösung auf dem Banner ihrer Fraktionsherrschaft. Als rückwärtslose Parteityrannen haben sie sich wie ihre Nachfolger, die liberale Liga, zu erkennen gegeben.

Haben nun der Krieg und seine Niederlagen den Geist der Liga nicht völlig aus den Reihen der Offiziere verbannt, hängen der Liga, wie man behauptet, namentlich die Offiziere in den mittleren Jahren an, so ist nicht abzusehen, wie die Einheitlichkeit und Geschlossenheit das kriegerische Handeln beherrschend sollten — dies umso weniger, als die Tschataldschaarmee nach Stämmen und Völkern bunt gemischt ist. Zudem haben die Jungtürken durch die blutige Tat, zu der sie sich in ihrem Hass hinreißten, den Rachedurst der Gegner geweckt und mit eigener Hand in den Tagen der äußersten Not des Vaterlandes alle Schranken des Parteikampfes niedergerissen. In solcher Lage ist es für die Regierung um so schwerer, ihr Handeln nach den Gegebenheiten und ihrer Notwendigkeit einzurichten, als doch hinter dem Ministerium eine unverantwortliche Körperschaft, das Komitee, als die eigentlich treibende Macht wirkt. Mahmud Schefket war selbst in den Tagen seiner ersten Diktatur außerhalb des rein militärischen Wirkungskreises vielleicht nur der Deckname für Pläne und Handlungen, die von dem Komitee ausgingen. Die heutige Regierung, unmittelbar aus einer Verschwörung hervorgegangen, besitzt keine andere Stütze als eben jene Verschwörerorganisation, die einen Teil der Offiziere zusammenfaßt. Und während nun Mahmud Schefket das tun muß, was bei der Haltung der Mächte und der

militärischen Lage möglich ist, steht hinter ihm, drängend, stoßend, treibend, eine Verschwörerorganisation, die nur Erwägungen der Parteimacht und der Demagogie kennt.

So weist die Entwicklung der Dinge auf zwei Möglichkeiten hin: den Untergang der eben erst aufgestiegenen Jungtürkenherrschaft durch eine innere Revolte oder die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten mit einem Heere, in dem der Geist der Zwietracht waltet. Denn zu einem Entschluß des Friedens entgegen den Parteibedürfnissen der Jungtürken fehlt der Regierung sicherlich die Macht und noch gewisser die moralische Kraft. Auf der anderen Seite bietet das Verhältnis Rumäniens und Bulgariens viel Trübes und Bedenkliches. Wohl heißt es, daß die Verhandlungen im Gange seien, gleichzeitig aber setzen die Rumänen ihre Drohungen fort, und wenn man einer Nachricht aus Saloniki glauben soll, so steht die Ueberreichung des rumänischen Ultimatus unmittelbar bevor. Dann würde Bulgarien dem Vorstoß des rumänischen Heeres mit unbewehrten Grenzen bloßliegen. Und doch ist wieder fast undenkbar, daß Rumänien diesen Schlag führen könnte, ohne eine europäische Einmischung herauszufordern. Die Lage ist also eine sehr ernste.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Mißtrauen.

Als die gestrige Sitzung begann, waren die Regierungsbänke leer. Der Reichskanzler und seine Mitarbeiter legten den Streik fort, den sie Mittwoch, bei der Beratung der Poleninterpellation, begonnen haben, und nur zwei beschuldete Assessoren waren als Streikposten hingeseht. Herr von Bethmann-Hollweg wahrte eben den Schein, als ob wirklich der Reichstag der durch das preussische Enteignungsgesetz erfolgte Bruch der Reichsverfassung nichts anginge. Das wird für ihn übrigens auch der bequemste Vorwand sein, das Votum zu ignorieren, das der Reichstag gegen ihn abgegeben hat — abgesehen davon, daß ihm ja daran liegen muß, vor aller Öffentlichkeit zu beweisen, daß das deutsche Volk noch immer nicht das selbstverständliche parlamentarische Regime mit seinen selbstverständlichen Konsequenzen hat. Trotzdem bleibt die Tatsache dieses Votums bestehen: mit 213 gegen 97 Stimmen bei 43 zur Entschlossenheit unfähigen Fortschrittler ist ihm das Mißtrauen des Reichsparlaments bekundet worden. Er mag noch so nempfindlich sein, eine häufigere Wiederholung solcher Demonstrationen müßte ihm doch schließlich wohl auf die Nerven gehen.

Daran ist freilich nicht sobald zu denken. Denn in einer der wichtigsten Lebensfragen der Nation, in der Frage der Volksernährung hegt der Reichstag gegen den Kanzler durchaus nicht das Mißtrauen, das die Wähler vom 12. Januar in ihrer erdrückenden Mehrheit zum Ausdruck gebracht haben. Dem Reichstag liegt der Gesetzesentwurf über vorübergehende Zollleichterungen bei der Fleischzufuhr zurzeit in der Fassung vor, die ihm die Kommission gegeben hat. Zugleich mit dieser zweiten Lesung der Vorlage werden die Resolutionen durchberaten, die von der freisinnigen und von der sozialdemokratischen Fraktion zu derselben Materie eingebracht worden sind. Und bei dieser gestrigen begonnenen Debatte, die heute vielleicht zu Ende geführt werden wird, hat sich eben das gezeigt, was wir feststellten: daß die Mehrheit des Volkes durch die Mehrheit des Reichstags tatsächlich nicht repräsentiert wird.

Die trostlose Unvollkommenheit des Entwurfs auch in der Kommissionsfassung setzte Genosse Simon an der Hand ausführlichen Materials auseinander, und er legte besonderen Wert auf den Beweis, daß der Vorlage zweifellos die bewußte Absicht unterliegt, keine entscheidenden Maßnahmen gegen die Teuerung, in anderen Worten, gegen die Ausnutzung des Volkes durch agrarischen Eigennutz zu ergreifen. Selbstverständlich mußte diese Argumentation den ganzen großen Komplex der Zoll- und Handelspolitik berühren, so ungern der Präsident diesen Zusammenhang erkennen wollte. Wenn Herr Rämpf so zartfühlend ist, daß er den Ausdruck „Zollwuchermehrheit“ durch einen Ordnungsruf strafen zu müssen glaubt, so ist das schließlich nicht überaus schlimm. Aber bei allem Zartgefühl und selbst bei allem Verständnis für die Gefühle der Rechten und des Zentrums darf er es nicht hindern, daß eine so geschlossene Beweisführung, wie sie in einer solchen Frage unser Redner gegeben hat, auch die übrigen Einrichtungen und Methoden der agrarischen Schutzpolitik etwas behandelt.

Herr Herold vom Zentrum, Herr Dr. Böttger von den Nationalliberalen, und der Konservative Arnst adt vertraten alle den Standpunkt der Regierungsvorlage, wobei sie je nach der Richtung ein ganz klein

wenig nuancierten. Der eine tat's etwas geschickter, der andere etwas verschämter, und Herr Arnst adt so wenig grobkörnig als er's vermag. Sie sind die Träger des Vertrauens zur Regierungspolitik, die auch der Unterstaatssekretär Richter schlecht und recht zu verteidigen hatte. Von den Fortschrittler wandte sich Herr Fischbeck hier und da zaghaft, aber mit einigen guten Argumenten, gegen den unmöglichen Regierungsentwurf. Ganz ängstlich wird er erst, wenn kommunale Eingriffe zu fürchten sind.

Beamtenchaft und Sozialdemokratie.

Eine faustdicke Lüge macht zurzeit die Runde durch die Kaplanspresse und durch die Amtsblätter der Regierungen. Danach soll der Abgeordnete Dr. Südekum in der Budgetkommission des Reichstages erklärt haben, „daß noch manche Reichsunterbeamte (nur um gering bezoldete Reichsbeamte handelt es sich) in nicht üblen Wohnungen ein dickpramiges Leben führen“. Daran werden erbauliche Betrachtungen über die Lebenshaltung dessen geknüpft, der diesen Ausspruch angeblich getan hat.

In Wirklichkeit spielte sich die Sache natürlich ganz anders ab und auch der Ausdruck fiel in einem wesentlich anderen Zusammenhang. Die Budgetkommission verhandelte über einen seit Jahren im Reichsetat stehenden Fonds für die Wohnungsfürsorge bei Beamten und Arbeitern des Reiches. Unser Redner kritisierte dabei die Beschränkung dieser Fürsorgefähigkeit des Reiches ausschließlich auf Beamte und Arbeiter in Staats- oder Reichsbetrieben und legte dar, daß das Reich auch die Verpflichtung habe, für die Allgemeinheit auf diesem Gebiete etwas zu tun. Zu diesem Zwecke sei ein Wohnungsfürsorgefonds von zunächst 100 Millionen Mark notwendig, um namentlich die Kreditkürzungen der Wohnungsgenossenschaften aus der Welt zu schaffen. Ueber diesen allgemeinen Gründen, so hieß es dann weiter, gegen die Beschränkung der Wohnungsfürsorge nur auf Beamte und Angestellte des Reiches sei überdies noch geltend zu machen, daß bei dem bisherigen Systeme in einzelnen Gemeinden ganze Kolonien von Reichsbeamten angesiedelt würden, die dann dort unter den bestehenden Kommunalwahlrechten eine förmliche kommunalpolitische Schreckensherrschaft ausübten. In solchen Gemeinden führten sie, die in relativ sehr guten und sehr billigen Wohnungen auf Kosten der Allgemeinheit angesiedelt wären, im Vergleich zu den dortigen freien Arbeitern und kleinen Leuten ein dickpramiges Leben, auf das sie nach ihrem ganzen Verhalten gegen die breiten Massen der Steuerzahler keinen Anspruch zu erheben hätten.

Man sieht also, daß es sich in der ganzen Sache in keiner Weise um ein Urteil über die Lebenshaltung der Beamtenchaft, sondern um ein Urteil über ihre politische Haltung gehandelt hat. Daß diese politische Haltung den Beamten wenigstens in Preußen durch die Öffentlichkeit des kommunalen Wahlrechts zum Teil aufgezwungen wird, ist dabei wohl bekannt. Das ändert aber nichts an dem tatsächlichen Bestehen der gerügten Zustände.

Bemerkenswert ist übrigens, daß die Worte des Abgeordneten Dr. Südekum in der Budgetkommission a II. seitige Zustimmung erfahren haben und in keiner Weise von irgend jemanden angegriffen worden sind. Das ergibt der amtliche Bericht über die Verhandlung ganz klar. Es kann sich also bei den Mitteilungen der Zentrums- und der „Reichsbote“ nicht um einen direkten Bericht aus der Budgetkommission handeln, sondern es muß irgend ein privater Schmierfink, der sich seinen Denunziantenlohn verdienen möchte, die Sache aus freier Faust zurechtgestutzt haben.

Die Stellung der Sozialdemokratie zu den Forderungen der Beamtenchaft ist viel zu genau bekannt, als daß sie hier noch besonders erwähnt werden müßte. Die Beamten würden auch nicht entfernt ihre heutigen Gehälter und ihre sonstigen Bezüge und Vorteile haben, wenn nicht die Sozialdemokratie immer für sie eingetreten wäre. Aber es ist auch ganz selbstverständlich, daß eine gewissenhaft auf das Volkswohl bedachte Partei niemals in demagogischer Verlogenheit und etwa um Wählerstimmen zu fangen, die Dinge anders darstellt, als sie sind, oder sich scheut, Mißstände, wo sie sie vorfindet, offen auszusprechen. Diese allerneueste Schwindelnotiz der geschicktesten und geschorenen Klerisei schieben wir deshalb mit Verachtung beiseite.

Das Dreckschwänzen, das die Kaplanspresse ihrer eigenen Lügennotiz noch anhängt, und das sich mit Südekums Krawattenkragen, Automobil, Villa usw. beschäftigt, hat längst den Reiz der Neuheit verloren. Solche Sachen werden nicht dadurch wahrer, daß sie immer und immer wieder von denselben Lügner mit Eifer wiederholt werden. Man kann sie aber auch nicht durch Richtigstellungen aus der Welt schaffen. Die Politik des Zentrums und der anderen dunklen Ehren-

männer besteht ja nun einmal zu drei Vierteln aus „Personalien“: aus persönlichen Verdächtigungen, die man gegen andere ausspricht und aus einem ungezügeln Drang nach einem guten Platz an der Futterrippe, den man selbst entwickelt. Solche Gesellschaft ist unbeschreiblich, weil sie unbeschreiblich weihen will.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

In der Fraktionsitzung am Mittwoch erschien als Gast der Genosse Hain-ju-kia, von dem Vorjahren, Genossen Bebel, herzlich begrüßt. Der chinesische Genosse hielt in französischer Sprache eine kurze Rede, in der er seiner Freude Ausdruck gab, unter den besten Vertretern des deutschen Proletariats weilen zu dürfen. Er sei weder Vertreter der Regierung der neuen Republik, noch Delegierter irgend einer Partei. Er handle nur für seine Person als Republikaner und als Sozialist im Interesse der jungen Republik, die von ihren Nachbarn im Osten und im Westen bedroht sei. Sowohl Japan als auch Rußland fänden der demokratischen Entwicklung Chinas mit schelen Augen zu. Sie fürchteten eine Rückwirkung auf ihre eigenen Volksgenossen. Es gälte, der jungen Republik die Sympathien der zivilisierten Welt zu erringen und zu erhalten und allen gefährlichen Ausstreunungen wirksam entgegenzutreten. Hain-ju-kia hat sich daher die Aufgabe gestellt, sowohl in Europa, als auch in Amerika parlamentarische Gruppen der Freunde der Republik China ins Leben zu rufen. Er wendet sich zu diesem Behufe auch an die fortschrittlichen Parteien der bürgerlichen Linken, in erster Linie natürlich an seine sozialistischen Gesinnungsgenossen. Es ist ihm auch gelungen, in England, Frankreich, Belgien und Portugal derartige interfraktionelle parlamentarische Gruppen ins Leben zu rufen, denen die führenden Genossen der betreffenden Länder, wie Keir Hardie, Mac Donald, Saures, Pressense, Vandervelde usw. angehören. In Holland, Österreich und Italien seien derartige Gruppen im Werden begriffen, wenigstens habe er bereits zustimmende Erklärungen maßgebender Mitglieder der dortigen Parlamente erhalten. Er hoffe, daß Deutschland nicht zurückbleiben werde und in erster Linie rechne er dabei auf die Unterstützung der deutschen Sozialdemokratie. Mit Hilfe der Freunde der jungen Republik glaubt Hain-ju-kia die weitere friedliche Entwicklung in demokratischer Richtung außerordentlich zu fördern. Die parlamentarischen Gruppen in den verschiedenen Ländern haben die ganz besondere Aufgabe, die öffentliche Meinung aufzuklären und die kulturfeindlichen Absichten reaktionärer Mächte zu enttarnen. Darum bitte er die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, ihm die weitgehendste moralische Unterstützung zuzuwenden.

Genosse Bebel dankte dem Genossen Hain-ju-kia für seine Ausführungen. Er versprach die moralische Unterstützung der republikanischen Bestrebungen in China. — Mit Worten des Dankes für die freundliche Aufnahme und für die gegebene Zusicherung verabschiedete sich Genosse Hain-ju-kia von der Fraktion.

Aus der Wahlprüfungskommission des Reichstages.

Das Mandat des Abg. Kölich (nailib.) für den Wahlkreis Offenburg wurde am Donnerstag für ungültig erklärt, nachdem sieben Stimmen kassiert worden waren, die dem Gewählten abgezogen werden mußten. Damit fehlten dann dem Abg. Kölich drei Stimmen an der Mehrheit.

Im Wahlkreis Kassel unterlag bei den letzten Wahlen der Antifemist Lattmann, der nicht einmal mehr in die Stichwahl kam. In dieser liegt Genosse Hüttmann mit 22 980 Stimmen gegen 22 183 Stimmen, die auf den nationalliberalen Stichwahlkandidaten entfielen. Die Antifemisten legten Protest gegen die Hauptwahl ein und zwar bemängelten sie, daß der Innungsausschuß in Kassel zur Stimmabgabe für den nationalliberalen Kandidaten aufgefordert habe. Sie verlangten, daß 2700 Handwerkerstimmen dem nationalliberalen Kandidaten abgezogen und dem Lattmann zugezählt werden sollten. Auf diese antifeinliche Unverschämtheit ging die Kommission natürlich nicht ein. Das Eingreifen des Innungs-Ausschusses wurde mißbilligt, die Innungsbrüder sind überdies bereits vom Regierungspräsidenten zurichtungsweise worden. Noch toller war der andere Protestgrund, der dahin ging, daß nach Wegfall des Wahlaktes auf den Straßen noch immer Flugblätter verteilt worden sind, was gesetzlich verboten sei! Diese Protestbehauptung erweckte in der Kommission härmliche Heiterkeit. Die Wahl Hüttmanns wurde dann einstimmig für gültig erklärt.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Die Beratung des Fortzeits, die am Donnerstag im Abgeordnetenhaus stattfand, gab unterem Genossen Forchard Gelegenheit, wiederum die Verpachtung der Fortzeits anzuregen und eine bessere Bezahlung der Fortzeits und Halbarbeiter zu verlangen. Der Landwirtschaftsminister wußte hierauf nichts anderes zu erwidern, als daß er die Verhältnisse dieser Arbeitkategorie als unverbesserlich hinstellte, gegen die Organisationsbestrebungen der Arbeiter zu Felde zog und wieder einmal über den angeblichen Terrorismus der Sozialdemokraten Feter und Nordio lachte.

Die weitere Debatte wurde ausgefüllt durch die Besprechung der Gewerkschaftsfrage. Bekanntlich fordert der Fiskus an den Verkauf der Wälder am Berlin vom Zweckverband eine harte Summe. Während der konservative Abg. v. Brandenbuck den Fiskus dazu zu machen suchte, bei seiner Forderung zu bestehen, erklärten die Abg. v. Biehlen (Freikonservativ), Kaiser (Sozialistische Volkspartei), Hirsch (Soz.) und Rosenow (Sozial. Sp.), die sämtlich dem Zweckverband angehören, daß an die Gewährung des vom Fiskus geforderten Betrages nicht zu denken sei. Namentlich von letztem Redner wurde der Nachweis geführt, daß der Preis, den der Fiskus verlangt, tatsächlich ein Spekulationspreis ist und daß der Fiskus die wälderliche Spekulation freist. Ob schließlich aus dem Verkauf der Wälder etwas wird, läßt sich ebenfalls noch nicht sagen. Der Vertreter der Regierung ließ endlich durchblicken, daß der Fiskus seine Forderungen zurückzieht, aber eine gewisse Ausbesserung der Wälder nicht zu erlangen.

In einer Übersetzung wurde der Ein der Fortzeitsfrage zu Ende gebracht.

Angefaulte „Wissenschaft“.

Anfang 1911 erhob der Münchener Professor Dr. v. Soxhlet schwere Angriffe gegen den Leiter der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt in Darmstadt, Professor Wagner; er warf ihm vor, daß er sich an den Propagandagebern des Kalisyndikats bereichert und als Gegenleistung die Kali-Düngemittelversuchsergebnisse gefälscht habe. Die Darmstädter Staatsanwaltschaft erhob gegen Soxhlet Anklage wegen Beleidigung. Professor Wagner schloß sich als Nebenkläger an. — Unter dem 7. Januar dieses Jahres ist das Verfahren gegen Soxhlet eingestellt worden; in der Begründung dieses von Staatsanwalt und Gericht gefaßten Beschlusses wird ausgeführt, daß hinsichtlich der Propagandageber der Wahrheitsbeweis nicht als erbracht gelten könne. Es sei nicht anzunehmen, daß Wagner seine Forscherfähigkeit bewußt in den Dienst der Düngerindustrie gestellt habe. — Auf der andern Seite ist jedoch — so heißt es in dem Gerichtsbeschluss weiter — nicht zu verkennen, daß die Unterstützung der Forscherfähigkeit durch Gelder der Industrie für die freie Stellung des Forschers und sein wissenschaftliches Ansehen bedenklich sein kann. Es ist hier nicht der Ort, grundsätzlich die Frage zu entscheiden, ob ein Forscher für wissenschaftliche Zwecke Gelder von Interessenten annehmen darf. Will man aber die Frage bejahen, so muß verlangt werden, daß zum mindesten alles getan werde, um jeden falschen Schein zu vermeiden. Es sollte selbstverständlich sein, daß diese Gelder durch die Kasse der Anstalt gehen, auch wenn sie dem Vorsteher zur freien Verfügung gewährt sind, und eine genaue Rechnungslegung sowohl den Gebern wie der vorgelegten Behörde gegenüber wäre unerlässlich. Wenn Wagner nur zum kleinsten Teil Abrechnungen gegeben hat, wenn von diesen Geldern z. B. auch ein kleiner Teil zur Ausstattung von Wohnräumen von Wagner verwendet worden ist, so konnte dies allerdings Anlaß zu Angriffen bieten.

Den Beweis, daß Fälschungen der Ergebnisse der Düngemittelprüfungen vorgekommen sind, hält das Gericht wiederholt für erbracht. Die Rechtfertigungsausführungen Wagners werden als vielfach gewundene, nicht frei von Schwankungen und als höchst verdächtig bezeichnet. Wagner hat vielfach die Ausrede gebraucht, daß die nachgewiesenen Fehler auf Rechnung von „Irrtümern“ und „Versehen“ seiner Assistenten zu setzen seien. Das Gericht erklärte in mehr als einem Falle, daß es eigentümlich berührt und Verdacht erregen müsse, wenn die vorgekommenen Irrtümer immer zugunsten der Düngemittel ausfallen. Hinsichtlich der Kainit- und der Kaliphosphatproben heißt es z. B. wörtlich weiter in dem Gerichtsbeschluss:

In beiden Fällen sind auf Wagners Anweisung wissenschaftlich falsche Analysenzahlen speziert worden; an dieser Tatsache, die leider feststeht, wird durch die gegebenen Aufklärungen und Rechtfertigungsversuche nicht das mindeste geändert.

Das Gericht kommt schließlich zu folgendem Endergebnis:

„Faßt man die Ergebnisse der Voruntersuchung zusammen und würdigt das Vorgehen Soxhlets, als Ganzes, so ist zu bemerken, daß der Wahrheitsbeweis nur zum Teil geführt ist, daß aber durch die festgestellten Vorkommnisse die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit Wagners einen schweren Stoß erlitten hat.“

Da Soxhlet der Schutz des § 193 zur Seite stehe, eine Absicht der Beleidigung in keiner Weise nachweisbar sei, mußte auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden.

Die Viehzählung in Württemberg.

hat, wie in anderen Bundesstaaten einen erheblichen Rückgang der wichtigsten Viehgattungen ergeben. Während bei allen früheren Zählungen eine Zunahme des Rindviehs zu verzeichnen war, wurden diesmal 10 013 Stück Rindvieh = 0,93 Proz. weniger gezählt als 1907. Im ganzen wurde ein Bestand von 1 163 109 Stück Rindvieh festgestellt. Viel größer ist der Rückgang im Schweinebestand, der von 537 185 auf 480 494 Stück sank, sich also um 56 691 Stück oder 10,5 Proz. verminderte. Der Bestand an Schafen geht schon seit Jahrzehnten zurück; die Abnahme ist aber diesmal größer als in irgend einer früheren Periode. Die Zahl der Schafe ging von 278 337 auf 212 121 Stück oder um 23,8 % zurück. Das statistische Landesamt macht für diesen Rückgang bei den Schweinen die niedrigen Fleischpreise von 1912 und die Futtermittelkrisse, bei den Rindern die ungünstige Futterernte von 1909 bis 1911 verantwortlich. Es ist dabei nicht zu übersehen, daß sich mit dieser Erklärung die Futtermittelkrisse und die ganze agrarische Wirtschaftspolitik nicht vereinbart.

D Schmerz laß nach!

Die „Germania“ bringt jetzt sogar die Kaisergeburtstagsfeier mit dem Jesuitengeheiß in Verbindung. Sie findet es unerträglich, daß ein Jesuit nicht einmal am Geburtstage des Kaisers eine stille Messe zelebrieren darf. Denn klagt sie:

„Die Sozialdemokraten, die vor dem ganzen Lande das Kaiserhaus beschimpfen, sich ungeheuer zur Republik bekennen, die Minister des Königs und die Staatssekretäre mit grenzenloser Verachtung vor dem ganzen Lande behandeln, dürfen Kaisergeburtstagsfeiern nach ihrer Art veranstalten, wenn sie sich nur kühnlich vor dem Strafgesetzbuch zu hüten wissen. Sie dürfen angeführt ihre destruktiven Tendenzen mit ihrer „Kaiserfeier“ verfolgen. Nur ein deutscher Jesuit darf nicht Liebe und Vertrauen zu Kaiser und Reich aufbauen! Es wäre ein Staatsverbrechen!“

Der Schmerz im Uebermaß, den die „Germania“ jeden Tag zum Ausdruck bringt, trägt doch recht unverkennbar den Charakter der Heuchelei. Das Zentrum samt seiner Presse ist ja nicht immer so einuhenhaft kaiserstreu gewesen. Solange die Zentrumsfraktion des Reichstages nicht ernstlich darauf besteht, daß ihr Antrag auf Aufhebung des Jesuitengeheißes verhandelt wird, muß man annehmen, daß den schwarzen Demagogen in Wirklichkeit nicht viel an der Sache gelegen ist.

Das Petroleummonopol.

Bei der gestrigen Abstimmung der Reichstagskommission zur Fortsetzung des Kreuzens von Anträgen (Petroleummonopol) war infolge Kreuzens von Anträgen

der Absatz 1 des § 1, der das Prinzip des Gesetzes enthält, abgelehnt worden. Da hierdurch entgegen den Absichten der Mehrheit eine Lücke entstanden war, nahm die Kommission, um eine Unterlage für die zweite Lesung zu gewinnen, Einleitung und Ueberschrift des Entwurfes an und beschloß, in die zweite Lesung einzutreten. Irigend eine sachliche Entscheidung ist bisher noch nicht erfolgt.

Balkan.

Ein Aufst? Die Verbündeten haben gestern abend der Türkei offiziell den Waffenstillstand gekündigt; die kriegerischen Aktionen sollen am 3. Februar, 7 Uhr abends wieder aufgenommen werden. Man kann im Zweifel sein, ob es sich hier um ein taktisches Manöver oder um Ernst handelt. Wir neigen eher der Auffassung der „Köln. Zig.“ zu, welche schreibt: „Der Abbruch der Friedensverhandlungen wird wohl zunächst nur die Bedeutung einer taktischen Demonstration haben. In der politischen Lage und an der Haltung der Mächte wird dadurch bis auf weiteres nichts geändert. Die Vertreter der Verbündeten haben vielleicht angenommen, der Abbruch der Verhandlungen werde die Mächte veranlassen, einen neuen Druck in Konstantinopel auszuüben. Sollte dieser Gedanke bei der Überreichung der Note mitgesprochen haben, so dürfte die Diplomatie der Verbündeten eine Täuschung erleben. Die Großmächte sind nach allem, was darüber verlautet, nicht geneigt, in Konstantinopel neue Schritte zu tun. Sie warten nach wie vor die Antwort der Pforte auf ihre Note ab. Es liegen bereits seit mehreren Tagen und es liegen noch heute Anzeichen dafür vor, daß diese Antwort insoweit entgegenkommend sein könnte, daß eine Grundlage für weitere Verhandlungen zwischen den Großmächten und der Pforte zu gewinnen wäre. Um so bedauerlicher ist es, daß die Balkanstaaten nicht dieselbe Geduld geübt haben, wie die Mächte. Die Erneuerung des Krieges gilt noch immer als vermeidbar, falls wirklich die von der Pforte erwartete Erklärung den Mächten eine hinreichende Handhabe zur vermittelnden Einwirkung bieten sollte.“

Die Antwort der Pforte liegt inzwischen vor, befriedigend für die Großmächte ist sie allerdings nicht. Über den Notinhalt verlautet folgendes: Die Pforte besteht darauf, diejenigen Teile von Adrianopel zu behalten, in denen die heiligen Orte der Mohammedaner liegen. Sie ist bereit, das rechte Ufer der Mariza abzutreten. Was die Inseln im Negäischen Meer anbetrifft, so wünscht die Türkei, aus strategischen Gesichtspunkten ihre Souveränität über diejenigen Inseln anrecht zu erhalten, die in der Nähe ihrer Küste liegen. Jedoch überläßt sie den Mächten die Bestimmung des Regimes, unter das diese Inseln gestellt werden sollen. Sie nimmt Kenntnis von der Zusage der Mächte, sie in der Entwicklung des Landes zu unterstützen. Ihm Schluß kommt sie noch einmal auf die religiösen und historischen Gründe zurück, die die Türkei zwingen, den Teil von Adrianopel zu behalten, der die den Muslimen heiligen Orte enthält. Jedoch erklärt sie sich bereit, die Befestigungen von Adrianopel zu schleifen. Weiter verlautet über die Note, daß für Adrianopel die dort in die Mariza mündende, von Norden kommende Tundschka als Grenze vorgeschlagen werde, wobei den Bulgaren ein Teil der Stadt überlassen werden würde. Bezüglich der Inseln heißt es in der Note, daß die vier Inseln vor der Einfahrt der Dardanellen der Türkei verbleiben müßten. Was die anderen Inseln betreffe, sei die Pforte bereit, ihnen die Autonomie nach Art der Insel Samos zu gewähren.

Die Verbündeten haben als Antwort auf diese Note erklärt lassen, daß die Verhandlungen ohne die Abtretung von Adrianopel und der Inseln nicht wieder aufgenommen würden. Selbst für den größten Optimisten ist also die Lage sehr kritisch.

Der Zwiespalt im türkischen Heere ist ein tiefgehender. Konstantinopeler Korrespondenten Pariser Blätter melden folgende Einzelheiten über die innere Lage in der Türkei, namentlich bei Tschataldja: Die Nachricht von dem Handstreich rief vor Tschataldja ungeheure Erregung hervor. Sofort nach dem Eintreffen der Nachricht hielten die Anhänger Nazim Paschas, vor allem seine engeren Landsleute, die Tscherkessen, eine Versammlung ab und richteten an den Sultan ein Manifest, in dem der Souverän angefordert wird, das Kabinett Schewket sofort zu entlassen und die am Handstreich Schuldigen zu bestrafen. Fuad Pascha hatte den Vorzug, als die andere Partei von dieser Versammlung Kenntnis erhielt, drang sie in die Versammlung ein und forderte die Teilnehmer mit vorgehaltenen Revolvern zum Auseinandergehen auf. Es kam zu einem Tumult, bei dem auf beiden Seiten zwei Offiziere getötet oder verwundet wurden. Dann wurde ein an die Truppen gerichtetes Manifest aufgesetzt und verteilt, in dem die Umstände unter denen Nazim Pascha seinen Tod fand, auseinandergesetzt wurden und die Arme angeordnet wurde, auf den Sturz Schewket Paschas hinzuwirken und nötigenfalls nach Konstantinopel zu marchieren. Nazim Pascha erhielt noch, wie versichert wird, nach seinem Tode 32 Messerschläge. Auch an den folgenden Tagen, am Freitag und am Sonnabend, fanden zahlreiche Versammlungen in der Tschataldja-Linie statt und fast jedesmal kam es dabei zu blutigen Zusammenstößen. Es sollen bisher 170 Verwandte nach Konstantinopel gebracht worden sein. Die sicherheitslichen Barakken sollen geschworen haben, Nazims Tod zu rächen. Infolge der drohenden Haltung eines Teiles der Truppen haben auch Enver Bei und Salabat Bei auf ihre Fahrt nach Tschataldja, wo sie Ruhe finden wollten, verzichtet. Auch die Garnison von Anadol und anderen Orten am Schwarzen Meer soll gemeutert haben. Die Furcht vor solchen Meutereien soll das Kabinett bewegt haben, zahlreiche gelangene frühere Minister wieder freizulassen.

Nach einer Konstantinopeler Meldung des „Main“ sind bei den im Lager von Tschataldja zwischen Anhängern des ermordeten Kriegsministers Nazim Pascha und jungtürkischen Offizieren vorgefallenen Kämpfen 42 Offiziere getötet oder verwundet worden. An den Kämpfen waren namentlich die sicherheitslichen Bataillone beteiligt, die die Ermordung ihres Landsmannes Nazim rächen wollten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, 31. Januar.

Die Ausnahmebesteuerung des Konsumvereins und der Warenhäuser, welche von Senat und der Steuerbehörde geplant ist und bereits den Bürgerausschuss passiert hat, begegnet in der bürgerlichen Presse Lübecks einem ebenso bezeichnenden wie merkwürdigen Stillschweigen. Vor zwei Jahren, als die Gewerbesteuerreform mit der Warenhaus- und Konsumvereinssteuer verbunden war, da wurde in spaltenlangen Artikeln zu der Sache Stellung genommen; heute ist jedenfalls auf ihren Reaktionen die Tinte eingefroren. Die sogenannte liberale Presse, welche in Lübeck von den „Lübecker Nachrichten“ vormals „Eisenbahn-Zeitung“ repräsentiert wird, müßte eigentlich schon nach dem liberalen Programm, das die Forderung: „Gerechte Verteilung der Staatslasten nach der Leistungsfähigkeit der Steuerzahler“ enthält, die Vorlage bekämpfen. Oder ist das eine gerechte Verteilung der Staatslasten, wenn man die minderbemittelten Volkskreise, die sich zum Konsumverein zusammengeschlossen haben, mit schweren Sondersteuern belegt? Aber die „Lübecker Nachrichten“ haben bisher kein Wort gegen die ungerechten Steuerpläne des Senates gefunden. Nicht einmal die von Taujens des hiesiger Einwohner besuchte Rundgebung gegen das Attentat auf die Taschen der Konsumenten brachten sie zur Kenntnis ihrer allerdings nicht gerade zahlreichen Leser. Ein solches Verfahren diskreditiert den ganzen Liberalismus. In Hamburg spielt die Konsumvereins- und Bürgerbewegung eine bedeutende Rolle. Da sagte noch vorgestern das liberale Bürgervereinsmitglied in einer öffentlichen Versammlung: Die Konsumvereinssteuer habe sich als völlig unpraktisch erwiesen. Mit einer Besteuerung der Warenhäuser werde man ebenfalls das Gegenteil von dem erreichen, was man beabsichtigt. In Lübeck sind die liberalen Bürgervereinsmitglieder anscheinend stumm geworden. Sind sie ernsthafte Gegner der geplanten Sondersteuer, dann müssen sie das rechtzeitig bekennen.

Der „General-Anzeiger“, dessen Abnehmer zum großen Teil — leider! — Arbeiter sind, markiert ebenfalls den großen Schweiger. Bisher hat er für so wichtige Dinge, wie die vorliegenden Steuerpläne es sind, keinen Raum, weil bei ihm die Kriegervereins- und Kaiser-Geburts-tagsfeier-Berichte sich häufen, die allerdings diesem Blatte den Stempel aufdrücken.

Was die Konsumvereinsumsatzsteuer bedeutet, das schildert treffend ein Genossenschaftler in unserm Hamburger Parteiorgan wie folgt:

„Sie ist nichts anderes als ein Zuschlag zur Einkommensteuer, den nur ein Teil der Steuerzahler, und zwar der am wenigsten steuerleistungsfähige, entrichten muß!“

Sie wird genommen von den bescheidenen Ersparrnissen, die verständige Familienväter sich auf dem einzig ihnen möglichen Wege gemeinsamen Handelns beim Einkauf der unentbehrlichen Lebensmittel zu verschaffen können!

Sie wird genommen von den kleinen Einkommen, die bereits einmal versteuert sind!

Sie trifft den Mann, der eine große Familie mühsam erhält, ungleich härter, als den in dieser Hinsicht besser gestellten Mimenischen, denn sie steigt mit der Höhe des Umsatzes, also der Ausgaben, die der einzelne aufzubringen hat!

Sie ist eine Strafe auf hauswirtschaftliche Tugenden, auf väterliche Fürsorge und familiäres Verantwortungsgesühl!

Dem reichen Manne, der kraft seines gefüllten Geldbeutels sich mittels Bareinkaufs im großen und Ausnutzung der Marktlage Vorteile zu sichern weiß, nimmt der Staat von dieser Erhöhung keinen roten Pfennig, wohl aber dem Armen, der Witwe, dem Invaliden, ja, selbst Leuten, die der Staat ihres geringen Einkommens wegen verständigerweise steuerfrei läßt!

Die Witwe, welche keine 900 Mark jährlich (in Lübeck 600 Mark) verdient, ist steuerfrei, jetzt sie aber von ihrem letzten Verdienste 400 Mark im Konsumverein um, um zu sparen für die Tage der Not, dann geniert der Staat sich nicht, ihr von dem kleinen Rest noch 2,88 Mk. Steuer zu rauben. Alles in der Form Rechts! denn nach der wunderbaren Logik der Gesetzgeber bezieht sie aus den 400 Mk. ein „Einkommen“ von 32 Mk., und hiervon hat sie, als wäre sie mehrfache Millionärin, 9 Proz. als Steuer abzuladen.

Ein Arbeiter, der eine vierköpfige Familie zu ernähren hat, bezahlte 1911 bei einem Einkommen von 1500 Mark eine Einkommensteuer von 11,25 Mk.; für sein Bestreben, als Mitglied eines Konsumvereins beim Einkauf zu sparen, wurden ihm außerdem bei einem Jahresumsatz von 700 Mark noch 5,04 Mk. als Umsatzsteuer abgeknöpft. Also fast 45 Proz. Zuschlag zur Einkommensteuer wurden von ihm erhoben. (Und man erhob diesen Zuschlag nicht etwa nach den Grundsätzen der Einkommensteuer, man erhob nicht den Zuschlag in Berücksichtigung des Einkommens von 1500 Mk., von dem 1 Proz. Einkommensteuer erhoben wird, sondern verfährt, als ob man ein Einkommen von 200 000 Mark und mehr vor sich hätte, und erhob 9 Prozent!)

Von den Leuten hingegen, die wirklich 200 000 Mk. Einkommen haben, nimmt man keinen Heller Zuschlag, denn diese können sich beim Einkauf dessen, was sie zu des Leibes Nahrung und Notdurft gebrauchen, Erwürbungen verschaffen, ohne daß sie eines helfenden Konsumvereins bedürfen. Und selbst wenn sie im Konsumverein kaufen würden, wären sie unendlich viel besser gestellt als ihr armer Mitbürger. Selbst wenn sie für 3000 Mk. Konsumvereinswaren jährlich bezögen, würden sie nur 21,60 Mk. Zuschlag entrichten zu einer Einkommensteuer von 18 000 Mk. Das wäre ein gutes Zehntel Prozent! Der gesunde Grundgedanke der Progression des Steuerfußes gemäß der Höhe des Einkommens wird bei der Umsatzsteuer in das schändliche Gegenteil verkehrt!

Man versucht, über diese unangenehmen Konsequenzen hamburgischer „Sozialpolitik“ hinwegzutäuschen, indem man auf die Millionenumsätze der Konsumvereine verweist. Vergeßliches Bemühen! Diese Millionen erwachsen aus unzähligen kleinen Summen, aus der Jahresausgabe vieler armer Familien für unentbehrliche Gebrauchsgüter und die „großen Leberchüsse“, die beim Zusammenwirken dieser vielen Ausgaben entstehen, sind die mehr als bescheidenen Summen, die diese armen Familien sich durch weise Wirtschaft erspart haben, mit denen sie schon lange im Voraus rechnen, die sie für andere dringende Bedürfnisse, für Krankheitsfälle, für die Tage der Arbeitslosigkeit unbedingt brauchen! Und von diesen Spar- und Notgrößen nimmt der Staat!

Wenn auch diese Ausführungen speziell auf die Verhältnisse anderer Schwesterstädte zugeschnitten sind, so treffen sie doch, soweit sie darstellen, was die Umsatzsteuer auf Konsum-

vereine als solche bedeutet, auch bezüglich der Lübecker Steuerpläne durchaus ins Schwarze.

Tarifbruch und Mahregelung im Hamburger „Neuen Operetten-Theater“ (Rund um die Mitter). Unterzeichneter Verband erludt um moralische Unterstützung in dem ihm aufgezwungenen Kampfe gegen ein Theaterunternehmen, das auch vom 1. Februar ab in Lübeck gastieren wird und wohl hauptsächlich auf Arbeiterpublikum rechnet. Es handelt sich in der Hauptsache darum, zu verhindern, daß kein Arbeiter sich in Lübeck von dem Bühnenmeister und dessen Gehilfen anwerben läßt, zumal der Erstgenannte schuld an dem hiesigen Streik ist. Ein dreiwöchiger Streik im September vorigen Jahres führte zu einem Tarifvertrag, welcher den Theatermeister verpflichtete, daß die nur des Abends beschäftigten Arbeitswilligen sofort und diejenigen, welche den ganzen Tag beschäftigt wurden, dann entlassen werden sollten, wenn für sie keine Beschäftigung am Tage mehr vorhanden war. Dieser Vertrag wurde vom Theatermeister dadurch umgangen, daß die Zahl der am Tage beschäftigten Arbeitswilligen uns gegenüber zu hoch angegeben wurde, während in Wirklichkeit davon nur einige am Tage beschäftigt wurden. Und das alles auf die Glaubwürdigkeit des Theatermeisters hin, der uns versicherte, nicht mehr als die uns genannte Zahl von Arbeitswilligen seien nur des Abends beschäftigt. Diesbezügliche Verhandlungen mit der Direktion zogen sich in die Länge. Es wurden bis dato auf unsere Beschwerden nur nach und nach 3 Mann entlassen, sodas nun noch zwei für uns in Betracht kommende Arbeitswillige im Betriebe sind. Infolge Verletzung des Tarifvertrages trat Arbeitsmangel ein, sodas der Theatermeister den Kollegen vorschlug, acht Tage lang umschichtig auszusuchen. Da die Verwaltungsleitung es den Kollegen nicht zumuten konnte, mit Arbeitswilligen umschichtig zu wechseln und auch der Meinung war, daß jetzt der Zeitpunkt da sei, wo der Tarif zur vollen Geltung gebracht werden konnte, verlangten wir, daß drei Mann entlassen werden sollten. Entlassen wurden aber nicht die Arbeitswilligen, sondern drei unserer Kollegen. Auf ein Schreiben an die Direktion verlangten wir Wiedereinstellung der Entlassenen unter Hinweis auf die tariflichen Bestimmungen. In einem Antwortschreiben wurden wir an den Theatermeister verwiesen, welcher alleinig zu Verhandlungen kompetent sei. Da wir den Bühnenmeister als besagten ansehen mußten, betonten wir in einem nachmaligen Schreiben an die Direktion, daß wir nach wie vor die Theaterleitung als zu Verhandlungen maßgebend betrachteten, da es sich bei dem Bühnenmeister um keinen Pächter der Bühne handelte. Wir verlangten bis zum Sonnabend voriger Woche von dem Bühnenmeister sowohl als auch von der Direktion (in getrennten Briefen) eine befriedigende Antwort, ob die Direktion den Tarif innehalten wolle. Da keine Antwort erfolgte, legten die Kollegen bis auf einen die Arbeit Sonnabend nieder. Kein Arbeiter lasse sich zum Streikbruch anwerben. Zentralverband der Theater- und Kinoangestellten.

Zentralverband der Theater- und Kinoangestellten.
J. A. C. Köfer, 1. Vorsitzender

Jugendamt und Versicherungsamt. Das Stadt- und Landamt macht bekannt: Vom 1. Februar d. Js. ab ist die Abteilung des Stadt- und Landamts, in welcher die Geschäfte der Berufsvormundschaft, des Kostfönderwesens, des Gemeindepfandwesens, des Versicherungswesens, der Ausgabestelle der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung und der Angestelltenversicherung bearbeitet werden, unter der Bezeichnung Jugendamt und Versicherungsamt im 1. Obergeschoss des Gebäudes Parade Nr. 1 untergebracht.

pb. Verhaftungen. Ermittelt und festgenommen wurde ein Dieb aus Glanau, der sich an zwei Stellen der Zech-presserei schuldig gemacht hat. — Festgenommen wurden zwei hiesige Arbeiter, die in einer hiesigen Herberge ein Paar Damenschuhe gestohlen haben. — Festgenommen wurde ein Arbeiter, der von einem Kohlenplatz Kohlen gestohlen hat.

Ein heftiger Schneesturm brauste heute morgen über unsere Gegend dahin, nachdem tagelang eine schneidende Kälte geherrscht hatte. Der Schneefall wurde im Laufe des Tages dichter, hingegen haben Sturm und Kälte nachgelassen. Das Eis auf unseren Flüssen hat bereits eine Stärke erreicht, daß auf der Trave die Schifffahrt dadurch behindert wird, während der Verkehr auf dem Elbe-Trave-Kanal ganz eingestellt werden mußte. Auch der Betrieb der Fähren leidet unter den bestehenden Eisverhältnissen. So wird heute amtlich gemeldet: Die Straßfähre ist eiseshalber nur während folgender Tageszeiten in Betrieb: von 5½ bis 8½ Uhr vormittags, von 10 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags, von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends.

Der Gesangsverein „Eintracht“ veranstaltet am kommenden Sonntag in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses seinen diesjährigen Maskenball. Humor und Frohsinn gehen unter der Herrschaft des Prinzen Karneval bei der „Eintracht“ ganz besonders. Der große Maskenzug, der abends um 8 Uhr stattfindet, verpricht besonders glänzend zu werden, zumal die Zahl der Masken sehr groß sein wird. Von 6 bis 8 Uhr werden Aufführungen die Teilnehmer und Zuschauer ergötzen. Der Eintrittspreis beträgt 40 Pfg. für Mitglieder, für Fremde 80 Pfg. pro Person. Saalöffnung 5 Uhr. Es darf wohl mit Sicherheit erwartet werden, daß die Freunde der hiesigen Stunden sich am Sonntag in dichten Scharen im Gewerkschaftshaus einfinden.

Neues Stadttheater. Uns wird geschrieben: Am Sonntag nachmittag gelangt bei kleinen Preisen die zugkräftige Operette „Autolibanen“ zur Aufführung. Sonnabend findet die hiesige Premiere von J. Falows „Jug“ statt. Für die letztere zeigt sich im Publikum bereits ein sehr reges Interesse. Zur Aufführung des „Abelungen-Kinges“ bitten wir zu beachten, daß das Sonderabonnement am Sonntag mittag 2 Uhr geschlossen wird. Für den Besuch von Einzelvorstellungen sind erhöhte Preise zu zahlen. — Herr Heinrich Schorn, unser Tenorbuffo ist nach einem erfolgreichen Gastspiel ab Mai auf drei Jahre an das Stadttheater in Nürnberg engagiert worden.

Schutz. Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Sonnabend, dem 1. Februar abends von 5—7¼ Uhr, im Lokale des Herrn Saborowski „Gasthof zur Linde“ statt.

Katech. Parteiversammlung. Am Sonntag, dem 2. Februar, findet eine Mitglieder-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Katech abends 7 Uhr im Lokale der Wm. Kopp statt. Da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, ist es Pflicht der Genossinnen und Genossen, zahlreich zu erscheinen.

m. Trambenue. Einen Kampf gegen die Warenabgabestelle des Konsumvereins heftigen verschiednen hiesige Kräfte zu führen. Sie verlangen beispielsweise vom dem Petroleumgeschäft, welches auch für den Konsumverein liefert, es solle dem Konsumverein vorschreiben, welchen Preis er für den Liter Petroleum zu nehmen hätte oder, falls der Konsumverein sich weigern würde, diesem Ansuchen nachzukommen, kein Petroleum mehr dahin zu liefern. Das wurde aber von dem Geschäft abgelehnt mit dem Bemerkten, die Kräfte könnten ja zu dem gleichen Preis verkaufen wie der Konsumverein. Wenn jetzt die Kaufleute und Krämer genötigt sind, ihre Preise denen des Konsumvereins einigermaßen anzupassen, so ist das schon ein Erfolg des Konsumvereins für die Kon-

sumenten, der nicht zu unterschätzen ist, und der letztere veranlassen sollte, die richtigen Konsequenzen daraus zu ziehen.

Hamburg. In der Raubmordtatsache an der Wendenstraße neigt man jetzt mehr der Annahme zu, daß die Tat in der Nähe der Hundstalle verübt worden ist. Wie gemeldet, sollte mit dem Mord ein Wagen in Verbindung gebracht werden, den eine in der Nähe wohnende Frau um die fragliche Zeit dort vorbeifahren und plötzlich halten gehört hatte. Man nahm an, daß die Leiche auf dem Wagen dorthin gebracht worden sei. Das ist nicht der Fall; denn es hat sich jetzt herausgestellt, daß in der Nacht zwischen 2 und 3 Uhr zwei Mobilienhändler aus der Lindenstraße in der Wendenstraße wieder davon gefahren sind. Von dem Täter fehlt noch jede Spur.

Hamburg. Personalien. Eine Verstärkung der Redaktion erfährt am 1. April d. Js. das „Hamburger Volksblatt“. Als dritter Redakteur wurde der bisherige Expedient und Berichterstatter Genosse H. Bering gewählt.

Neumünster. Arbeitseinstellung in der Eisengießerei und Maschinenfabrik von Franz Rohwer-Neumünster. Am 1. Oktober vorigen Jahres traten die Arbeiter der Eisengießerei und Maschinenfabrik von Franz Rohwer in Neumünster in eine Lohnbewegung, die beabsichtigte, den mit Ende des Jahres 1912 abgelaufenen Tarif durch einen neuen zu ersetzen. Mehrfach haben zu diesem Zweck, mit und ohne Organisationsvertreter, Verhandlungen stattgefunden. Für die im Maschinenbau Beschäftigten gelang es, eine Verständigung herbeizuführen, während die Einigungsversuche in der Eiserelei an dem mangelnden Entgegenkommen des Herrn Rohwer scheiterten. Wohl gelang es den Formern, eine Verständigung für sich, wenigstens für ein Vierteljahr, mit der Firma zu finden, aber den dort beschäftigten Hilfsarbeitern ist es trotz ihrer sehr bescheidenen Forderungen nicht möglich gewesen, sich mit der Firma zu einigen. Bisher betrug die Arbeitszeit wöchentlich 56 Stunden und wurde den Lohnarbeitern der Lohn für 57 Stunden bezahlt. Herr Rohwer willigte wohl in die geforderte Arbeitszeitverkürzung von 56 auf 55 Stunden wöchentlich, lehnte es aber ab, den Lohnarbeitern für den Lohnausfall einen Ausgleich zu schaffen. Bisher erhielten sie 42 Pfg. Stundenlohn für 57 Stunden in der Woche, jetzt wollte der Herr 43 Pfg. für 55 Stunden zahlen, so daß, wie man auf den ersten Blick sieht, für die Arbeiter ein Lohnausfall herauskommt. Selbstverständlich waren hiermit die Arbeiter nicht einverstanden. Sie hielten zunächst an ihrer ursprünglichen Forderung von 45 Pfg. Einstellungslohn und 47 Pfg. Stundenlohn nach vierwöchiger Beschäftigung fest, ermahnten aber, um in Frieden mit Herrn Rohwer auszukommen, zuletzt die Forderung auf 43 bez. 45 Pfg. die Stunde. Bei den letzten Verhandlungen am Sonntag im Beisein der Organisationsvertreter hielt Herr Rohwer starr an seinem Gebot fest. Montagabend beschäftigten sich die Hilfsarbeiter mit der Situation und beschloßen einstimmig, Herrn Rohwer bis Dienstagabend Bedenkzeit zu geben. Würde er kein Entgegenkommen zeigen, so sollte am Mittwochabend die Arbeit eingestellt werden. Mittwochnachmittag machte Herr Rohwer dann noch das Angebot, während des Sommerhalbjahres 42 bezw. 44 Pfg. und im Winterhalbjahr 41 bezw. 43 Pfg. zu zahlen; das Angebot wurde aber seiner Geringfügigkeit halber nicht angenommen. Da bis zum Abend ein weiteres Angebot Rohwers nicht vorlag, legten sämtliche 24 Hilfsarbeiter die Arbeit nieder, um ihren berechtigten Forderungen auf diese Weise Nachdruck zu verleihen. Durch diese Arbeitseinstellung ist es nun den Formern, die ohne Hilfsarbeiter ihre Arbeit nicht verrichten können, unmöglich gemacht, weiter zu arbeiten, so daß sie gezwungen sind, ebenfalls die Arbeit einzustellen. Zugang von Eisereiarbeitern und Formern nach Neumünster ist fernzuhalten. Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Neumünster.

Stade. Ein Opfer des Eises wurde die 10jährige Tochter des Arbeiters Buck in Wetterbeid. Das Mädchen hatte sich mit anderen Kindern auf dem Eise veranlagt und dann den Heimweg über das Eis der hochangestrichenen Weidern angetreten. Dabei brach es ein und erkrankte. — Ein Großfeuer, das gestern morgen gegen 3¼ Uhr im Hinterhaus des Malermeisters Lopp in der Kirchenstraße entstand, brachte einige Familien in große Gefahr. Das Feuer, das im Farbenlager durch einen schadhaften Schwornstein verursacht worden war, verbreitete sich über das ganze Hintergebäude, ohne daß es bemerkt wurde. Erst als es schon große Ausdehnung angenommen hatte und die Fenster vor Hitze zerbrachen und die Gardinen in einem Schlafzimmern in Flammen standen, erwachten die Bewohner und stürzten in den Rauch. Die Bewohner des oberen Stockwerks des Topflichen Hauses mußten mit ihren kleinen Kindern bei der grimmigen Kälte in der allernotdürftigsten Klebung schnell auf die Straße flüchten, weil die schon in das Treppenhaus dringenden Flammen ihnen den Weg abzuschneiden drohten. Das Farbenlager ist vollständig vernichtet. Großen Schaden richtete das Feuer auch in der benachbarten Pausdruckerei an. Dort wurde das Papierwerk ein Raub der Flammen, wobei auch ein großer Vorrat fertiger Drucksachen verbrannte. Verletzt wurde trotz der großen Gefahr niemand.

Bremerhaven. Zur Aussperrung der Maschinen auf den Fischdampfern der Unterweserorte ist zu berichten, daß die Reeder nach wie vor jede Verständigung ablehnen. Sie sind aber kraftvoll bemüht, Arbeitswillige herbeizuschaffen. Vor einigen Wochen wandten sie sich an den Arbeitsnachweis der Zählstelle Hamburg des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer. Als ihnen keine Arbeitskräfte vermittelt wurden, kamen Vertreter der Reeder nach Berlin, um Arbeitswillige in den Kasernen aufzusüßern. Es kam auch ein Transport von circa 30 Mann zusammen. Als diese Arbeitswilligen aber bei Licht besessen wurde, schauten die Vertreter denn doch zurück, damit die Reize nach Geestmünde anzutreten. In der Zwischenzeit haben verschiedene Dampfer ihre erste Reise beendet mit allerdings geringen Fängen, andere Schiffe haben erheblichen Schaden am Dampfessel und an der Maschine erlitten, einige dieser Schiffe konnten bis heute die Ausreise noch nicht wieder antreten. Andere Dampfer mußten ausländische Häfen wegen Maschinenschadens anlaufen. Die Schiffe sind fast sämtlich nur mit einem Maschinenisten und an Stelle des zweiten mit einem Oberheizer besetzt. In ganz besonderer Weise wird hier von den Behörden den Reeder Vorstoß geleistet, das besagt die Erklärung des Ministerialdirektors v. Jönquiers in der Reichstagsitzung am 25. Januar: Es wäre ein Mangel an Maschinisten vorhanden, deshalb habe der Herr Reichskanzler die Erlaubnis erteilt, an Stelle des zweiten Maschinisten einen Oberheizer treten zu lassen. Hätten die Reeder nicht zur Weihnachtszeit die gesamten Fischdampfermannschaften ausgesperrt, dann bestände kein Mangel an Maschinisten. Nach wie vor wird dringend ersucht, jeglichen Zugang von Maschinenpersonal nach Bremerhaven, Geestmünde und Nordenham fernzuhalten. Besonders an die Heizer ergeht die Aufforderung, keine Stellung auf einem Fischdampfer anzunehmen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: J. H. Schmarck, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Grosser Reklame-Verkauf

zu sensationell billigen Preisen
in den nachstehend näher verzeichneten Artikeln.

Auf Extratischen gesondert zum Verkauf gestellt:

Herren-Konfektion

Herren-Kammgarn-Anzüge
gemustert, ein- u. zweireihig, moderne Fassons
Regulär bis 33.50 Reklamepreis **24⁰⁰**

Herren-Anzüge
ein- u. zweireih. Fass., aus engl. gemust. Stoffen
Reg. 34.00 b. 56.00 Reklamepreis **27⁰⁰** u. 38.00

Knaben-Matrosen-Anzüge für 3-8 Jahre
Prinz-Heinrich-Form, aus blauem Melton
Regulär bis 9.95 Reklamepreis durchweg **5⁷⁵**

Matrosen-Anzüge für 3-8 Jahre
Prinz Heinrich-Form, aus blauem Kammgarn
Regulär bis 12.50 Reklamepreis durchweg **6⁷⁵**

Konfirmanden-Anzüge
aus Kammgarn- und Cheviotstoffen
Regulär bis 19.50 Reklamepreis 10.50 u. **6⁷⁵**

Wollwaren

Herren-Jagdwesten
gestriekt
Regulär bis 4.25 Reklamepreis **2⁹⁵**

Normal-Beinkleider
Regulär 1.75 Reklamepreis **1²⁵**

Damen-Futter-Untertaillen
Regulär 2.25 Reklamepreis **1⁶⁵**

Direktore-Beinkleider
farbig
Regulär 2.25 Reklamepreis **1⁶⁵**

Damen-Velour-Unterröcke
mit Langewe, schwere Winter-Qualität
Regulär 1.75 Reklamepreis **1²⁵**

Kinder-Normal-Anzüge
für 3-8 Jahre
Regulär bis 35.4 Reklamepreis **70⁴⁵**

Knaben-Sweater
für 4-10 Jahre, beste wollgemischte Qualität
Regulär bis 3.40 Reklamepreis **1⁹⁵**

Weisse Rodelmützen
aus Dachwolle
Reklamepreis **65⁴⁵**

EIN GELEGENHEITSPOSTEN
Elegante
Wollene Blusen
schönste Machart
Regulär bis 12.50
REKLAME-PREIS
Serie I **4⁷⁵** Serie II **5⁷⁵**

Elegante weiße
Stickerei-Kleider
neueste Konfektion
Regulär bis 14.75
REKLAME-PREIS **9⁷⁵**

Elegante
Voile-Kleider
weiß und farbig
Regulär bis 18.00
REKLAME-PREIS **11⁵⁰**

Reinwollene
Popeline schwarz und farbig
ca. 110 cm breit
1⁴⁵

Reinwollene gestreifte
Kammgarnstoffe
marinelarb., ca. 110 cm breit
Regulär bis 1.95
REKLAME-PREIS

Reinwollene Stoffe
schwarz und farbig
schwerste Qualität
Regulär bis 1.45
REKLAME-PREIS **1⁰⁰**

Einige hundert
Kinder-Reformschürzen
la. Siamosen
Regulär bis 1.45
REKLAME-PREIS **75⁴⁵** und **50⁴⁵**

Damen-Wäsche

ca. 600 Damen-Hemden **Achselschluß**
mit reicher gestickter Passe, Stickereien u. Languetten
aus la. Hemdentuch und elsäss. Wäschetuch
Regulär bis 2.95 Serie I **1⁵⁰** Serie II **1⁷⁵** Serie III **1⁹⁵**

Elegante Damen-Kniebeinkleider
mit reiner Stickerei, teilweise mit Banddurchzug
Regulär bis 2.75 Reklamepreis **1⁷⁵**

Elegante Damen-Nachthemden
mit Stickerei und Valenciennes
Regulär bis 12.75 Reklamepreis 7.50 **5⁵⁰**

Kinder-Überzieh-Jacken
in Tuch und Lammfell
Regulär bis 3.00 Reklamepreis **1⁵⁰**

Konfirmanden-Kleider
in schönster Machart aus reinwollener
Popeline, mit kunstseidenem Kragen- und
Fantasietrassenbesatz
Reklamepreis **13⁵⁰**

Schuhwaren

Damen-Goodyear-Welt-Stiefel
Chevreau u. Boxkalf
Regulär 12.50 bis 14.50 Reklamepreis 9.75 u. **6⁰⁰**

Elegante Wiener Lack-Salonschuhe
Regulär bis 12.50 Reklamepreis **4⁵⁰**

Weisse Glacé-Spangenschuhe
Regulär bis 8.50 Reklamepreis 3.00 u. **1⁵⁰**

Herren-Zug- und Schnallenstiefel
Boxkalf und Rindbox
Regulär bis 10.50 Reklamepreis 6.00 u. **4⁵⁰**

Herren-Goodyear-Welt-Stiefel
Zug- u. Schnallenstiefel in Boxkalf und Chevreau
Regulär bis 16.50 Reklamepreis **7⁵⁰**

Kinder-Rohleder-Stiefel
Regulär bis 3.00 Reklamepreis 1.50 u. **1⁰⁰**

Freitag und Sonnabend auf sämtliche Konserven **doppelte Rabattmarken.**

Ferner große Ladungen

Lebensmittel.

Weißkohl
feste Köpfe 100 Pfd. 2.50 Pfd. **3⁴⁵**

Amerikanische
Tafel-Aepfel Pfund **19⁴⁵**

Apfelsinen
Marica-Biot u. Valencia Dtzd. 68, 43, 33. **25⁴⁵**

Blumenkohl
feste, weiße Köpfe **20⁴⁵**

Blatwurst Pfund 80⁴⁵
Sülze Pfund 80⁴⁵
Hildesheimer Pfund 110⁴⁵
Gekochte Mettwurst Pfund 110⁴⁵
Kohlwurst Pfund 100⁴⁵
Corned beef Pfund 110⁴⁵
Frische Eier 10 Stück 38⁴⁵
Schweizer Käse Pfund 95⁴⁵
Edamer Käse Pfund 95⁴⁵
Alter Holländer Pfund 85⁴⁵
Tilsiter Käse Pfund 58⁴⁵
Palmitin Pfund-Paket 65⁴⁵
Schmalz, gar. rein Pfund 73⁴⁵
Kunstkäse Pfund 29⁴⁵

Weizenmehl Pfund 17⁴⁵
Gebrannte Gerste Pfund 19⁴⁵
Weiße Bohnen Pfund 23⁴⁵
Linsen Pfund 23⁴⁵
Nudeln alle Fassons Pfund 38⁴⁵
Backobst Pfund 44⁴⁵
Puddingpulver, 10 Pakete 45⁴⁵
Bouillon-Würfel, 10 Stück 36⁴⁵
Zitronen Dutzend 45⁴⁵
Tomaten Pfund 42⁴⁵
Weintrauben Pfund 48⁴⁵
Zwiebels 3 Pfund 20⁴⁵
Kopfsalat 3 Kopf 20⁴⁵
Kartoffeln 10 Pfund 34⁴⁵

Gänse-Klein
gepökelt Pfund **58⁴⁵**

Gänse-Keulen
Landrauch Stück **75⁴⁵**

Gänse-Brüste mit Knochen
geräuchert Pfund **120⁴⁵**

Vanille-Block-Schokolade
rein Kakao und Zucker Block **58⁴⁵**

Frisches Fleisch • la. junges Rindfleisch **75⁴⁵** • la. jg. Schweinefleisch **95⁴⁵** • la. jung. Kalbfleisch **90⁴⁵** • la. jg. Hammelfleisch **80⁴⁵**
vom Lübecker Schlachthof • Bratenstücke 50 u. 90⁴⁵ Pfd. • Bratenstücke 1.00 u. 1.00⁴⁵ Pfd. • Bratenstücke 1.00 u. 1.00⁴⁵ Pfd. • Bratenstücke 90⁴⁵ Pfd.

Unsere Spezialmarke
„Achteck“-Schokolade beste Speise- und Haushalt-Vanille-Schokolade von hohem Nährwert, garantiert rein Kakao und Zucker
Pfd. 85⁴⁵ u. große Tafel **58⁴⁵**

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 26.

Freitag, den 31. Januar 1913.

20. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 30. Januar.

101. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Zunächst niemand, dann Kühn, v. Schorlemer.

Auf der Tagesordnung steht zuerst die namentliche Abstimmung über den Antrag Brandys (Polen): „Die Zulassung der Enteignung polnischer Gutsbesitzer für die Zwecke der preussischen Anstaltungskommission durch den Herrn Reichsanwalt entspricht nicht der Auffassung des Reichstags.“

Der Antrag wird mit 213 gegen 97 Stimmen bei 43 Stimmenthaltungen angenommen. (Lebh. Bravo! b. d. Polen.)

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes betr. vorübergehende Zollleichterung bei der Fleischzufuhr. Die Kommission, Ber. Abg. Wendorf (Wp.) beantragt unveränderte Annahme des Gesetzes.

Es liegen verschiedene Anträge Albrecht (Sd.) und Gen. vor, die dahin gehen, die Beschränkung der Zollleichterungen auf die Zeit bis zum 31. März 1914 zu beschränken, die Erleichterungen auch Konsumgenossenschaften und anderen gemeinnützigen Unternehmungen zu gewähren und den Eingangszoll vollständig zu erlassen; ferner hinzuzufügen, die gleichen Vergünstigungen gelten vom 1. März 1913 ab auch für die Einfuhr von lebendem Vieh aus dem Auslande.“

Außerdem beantragen die Sozialdemokraten eine Resolution auf unverzügliche Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den unter Aufhebung von § 12 des Fleischbeschaugesetzes die Einfuhr von frischem und gefrorenem Fleisch aller Art ohne anhängende innere Organe aus dem Auslande gestattet wird.

Die Freisinnige Volkspartei beantragt, dieser Resolution hinzuzufügen, „sofern in dem Produktionslande eine den in Deutschland geltenden Bestimmungen entsprechende Untersuchung des zur Ausfuhr nach Deutschland bestimmten Fleisches durch deutsche beamtete Tierärzte zugelassen ist.“

Eine zweite sozialdemokratische Resolution will eine Erweiterung der Erleichterungen für Vieheinfuhr dahin, daß auch die Einfuhr lebenden Rindviehs und lebender Schweine aus den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Rußland, Kanada und Argentinien nach Schlachthöfen mit Bahnanschluß und unter der Bedingung gestattet wird, daß das eingeführte Vieh innerhalb vier Tagen nach Eintreffen geschlachtet werden muß, und daß diese Bestimmungen auf alle Gemeinden ausgedehnt werden.

Eine dritte sozialdemokratische Resolution wünscht die baldigste Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den die Zölle auf Futtermittel aufgehoben werden.

Die Abg. Albr. und Gen. (Wp.) beantragen die Zollleichterungen nur bis zum 31. März 1913 zu gewähren, unter der Voraussetzung, daß der Bundesrat von da ab ermächtigt wird, allgemein die Zölle für Schlachtvieh und Fleisch sowie für Jungvieh, Magervieh und Zuchtvieh ganz oder teilweise außer Hebung zu setzen, und ferner dem Gesetzentwurf einen § 2 hinzuzufügen, wonach vom 1. April 1913 ab die Zölle auf Futtermittel außer Hebung gesetzt werden.

Der Präsident Kämpf teilt mit, daß die Abstimmung über die erste sozialdemokratische Resolution auf Antrag des Grafen Westarp und Gen. (Kons.) eine namentliche sein wird.

Abg. Simon (Sd.): Was der Gesetzentwurf bietet, ist nicht einmal ein Tropfen auf einen heißen Stein. Wir Sozialdemokraten haben in der Kommission versucht, dem Entwurf eine Fassung zu geben, durch welche wenigstens die schlimmsten Mißstände beseitigt werden. Aber weder die Regierung noch die Parteien ließen sich zur Zustimmung bewegen. Daß der vorliegende Entwurf völlig unzureichend ist, haben nicht nur zahlreiche Stadtvertretungen und der Hansa-Land, sondern auch der geschäftsführende Ausschuß des Handelsvertragsvereins erklärt. Es kommt also wieder ein Gesetz zustande, das keinerlei Abhilfe bringt. Hätte ein Unbefangener den Kommissionsverhandlungen beigewohnt, so hätte er die Kommission wohl für eine zur Unterjochung der Rentabilität der Landwirtschaft gehalten, denn

nicht von der Not des Volkes,

sondern von der Landwirtschaft wurde geredet, die Landwirtschaft sollte nach den Ausführungen der Regierung und der alten Blaupartei, denen sich die Nationalliberalen angeschlossen, dem Ruin verfallen, wenn die Zollleichterungen durchgeführt würden. Mit erfreulicher Offenheit wurde zugestanden, daß die Getreide- und Viehzölle geschaffen seien, um die Preise zu heben und auf der Höhe zu halten. Bei den Verhandlungen über den Zolltarif wurde das bestritten, da behauptete man, das Ausland trage den Zoll. Heute gestehen alle die verteuerte Wirkung des Zolles zu. Als wir im Jahre 1905 um Abhilfe wegen der Teuerung interpellierten, bezeichnete der Landwirtschaftsminister v. Roddielski den Zustand als vorübergehend und fuhr fort, „ist er dauernd, so muß er beseitigt werden.“ 1906 interpellierten wir wieder und der Landwirtschaftsminister v. Arnim gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Vieh- und Fleischnot bereits gelöst sei. Als wir 1907 von neuem interpellierten, erwiderte der damalige Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg, daß einer vorübergehenden Erscheinung wegen Maßnahmen, wie sie der sozialdemokratische Redner verlangte, nicht ergriffen werden dürfen. Bei unserer erneuten Interpellation im Jahre 1911 antwortete Herr v. Bethmann-Hollweg, damals schon Reichsanwalt, daß zähe und entschieden an der Wirtschaftspolitik festgehalten werden müsse. Diesen Standpunkt hat die Regierung auch heute noch, die Erleichterungen werden nur bis zum 1. April 1914 in Aussicht gestellt. Aber vorübergehend scheinen mir nur die Staatssekretäre und Minister zu sein, die zu der Teuerung sprechen und sie als vorübergehende Erscheinung bezeichnen. Die Teuerung selbst ist geblieben und hat sich noch verstärkt, und sie wird solange vorhanden sein, als mit dem geltenden Wirtschaftssystem nicht aufgeräumt wird. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Reichsanwalt hat freilich erklärt, an dem bewährten Wirtschaftssystem werde nichts geändert werden, unter ihm sei der Wohlstand gestiegen und der Arbeiter sei imstande gewesen, in erhöhtem Maße Fleisch zu konsumieren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nun sagt man, die Teuerung sei international, und auch im Auslande sei nicht genügend Fleisch vorhanden. Dann hätte die Abschließung der Grenzen doch erst recht keinen Sinn. Gewiß sind die Preise der Lebensmittel überall gestiegen, aber in den Ländern mit Schutzzöllen erheblich stärker, wie in den freien und zwar ziemlich genau um die Beträge der Zölle. Wenn den Zöllen hat auch unser

Einfuhrzoll

einen großen Teil der Schuld an der Teuerung. (Sehr wahr! links.) Auch die nichtsozialdemokratischen Arbeiter leiden unter der Teuerung; auf der Konferenz der katholischen Arbeitersekretäre in Düsseldorf im Jahre 1908 wurde unter Zustimmung von Giesberts eine Resolution angenommen, die sich energisch dagegen wandte, daß die breiten Volksmassen weiter belastet würden. (Hört, hört! links.) Trotzdem hat das Zentrum und Herr Giesberts sowohl der großen wie der kleinen Finanzreform zugestimmt, und damit die breiten Volksmassen weiter belastet. (Sehr wahr! b. d. Soz.) (Präsident Kämpf ersucht den Redner, sich an die Sache zu halten.) Die Regierung will durch eine Besitzsteuer 50 Millionen aufbringen und für die Militärvorlage 100 Millionen ausgeben. Dadurch werden weitere Belastungen auf die unteren Schichten des Volkes gewälzt, und auch dazu wird das Zentrum die Hand bieten. Vorteil von dem bisherigen Wirtschaftssystem hat nur der Großgrundbesitzer gehabt, es ist nicht eine Gesetzgebung zum Schutz der Landwirtschaft, sondern

zur Bereicherung der Großgrundbesitzer.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) 700 Großgrundbesitzer mit über 100 000 Mark Einkommen haben innerhalb 13 Jahren ihr Vermögen um 2236 Millionen vermehrt. Für die kleinen Landwirte wirkt dies Wirtschaftssystem geradezu ruinös. Das hat sich besonders auch bei der Tabaksteuer gezeigt.

Präsident Kämpf ersucht den Redner, nur über die Zollleichterung für Fleisch zu reden.

Simon (fortfahrend): In der Kommission ist der ganze Komplex der Fragen der Zollpolitik behandelt worden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Will man die Teuerung überhaupt erfassen, so darf man sich nicht auf die Fleischsteuer allein beschränken. (Sehr richtig! bei den Soz.) Es wurde bestritten, daß eine Unterernährung der Arbeiterbevölkerung stattfindet. In Nürnberg, eine Stadt mit vorwiegender Arbeiterbevölkerung, ist der Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung von 79,83 Kg. im Jahre 1896 auf 54,25 Kg. 1911 zurückgegangen. (Hört, hört! bei den Soz.) In einem Schriftchen über die Schulpein in Groß-Berlin wird nachgewiesen, daß besonders in den Vororten, wo viele Arbeiterfamilien wohnen, eine ungeheuer große Anzahl Kinder weder warmes Frühstück, noch warmes Mittagessen bekommen. Bayerische Bezirksärzte haben ferner festgestellt, daß in nicht weniger als 18 Bezirken Bayerns ein ganz gewaltiger Rückgang des Fleischkonsums auch bei der ländlichen Bevölkerung eingetreten ist, und das teilweise große Unterernährung herrscht. Wie gering der Fleischkonsum in Arbeiterfamilien ist, beweisen auch Haushaltstatistiken, von denen der Redner einige vorträgt. In Cincinnati in den Vereinigten Staaten verdient ein Tagelöhner 63 Mark wöchentlich, mit Frau zusammen 108,67 Mark, und seine Ausgaben für Nahrungsmittel, Miete, Versicherung usw. betragen wöchentlich 56,75 Mark. Nur für Lebensmittel gibt dieser amerikanische Arbeiter pro Kopf seiner aus 4 Personen bestehenden Familie täglich 1,50 Mark aus, der Nürnberger Arbeiter 46% Pfg., der sächsische 42 Pfg., von denen die Statistiken vorliegen. (Hört, hört!) Für Fleisch allein gab der amerikanische Arbeiter 46% Pfg. pro Kopf und Tag aus, der Nürnberger 12% und der sächsische Arbeiter 6 Pfg. (Hört, hört! bei den Soz.) Das sind die Folgen Ihrer Wirtschaftspolitik. Solange das Junkertum, dessen Macht in dem preussischen Dreiklassenwahlrecht verankert ist, herrscht, wird an diesem Elend nichts geändert werden. Ist der Regierung von dem Gutachten nichts bekannt, das eine Deputation des Reichsgesundheitsamtes in Bremen über die hygienisch einwandfreie Beschaffenheit gefrorener australischer Hammel erstattet hat? Die Empörung über die Politik der Regierung, die gegen das Volk regiert, nimmt ständig zu und wird dazu führen, daß es auch mit der Macht des Junkertums ein Ende haben wird. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Präsident Kämpf erteilt dem Redner nachträglich zwei Ordnungsrufe wegen des Ausdrucks „Jollwuchermehrheit“ und des Ausdrucks „die Regierung regiere gegen das Volk“.

Herold (Z.): Wir halten an unserem Wirtschaftssystem grundsätzlich fest. Da dieses System durch die Vorlage nicht durchbrochen wird, werden wir für sie stimmen. Unserem Wirtschaftssystem ist es zu verdanken, daß die deutsche Landwirtschaft fest den ganzen Fleischbedarf des Inlandes deckt. Die fortschrittliche Volkspartei, die sonst so großen Wert auf die Rechte des Reichstags legt, will mit ihrem Antrage wieder neue Befugnisse in die Hand des Bundesstaats legen. (Sehr gut! rechts.) Ebenso halten wir die Aufrechterhaltung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes für notwendig, weil sich nur so feststellen läßt, ob Fleisch von gesunden Tieren eingeführt wird. Die eigentlichen Futtermittel sind so wie so zollfrei. Außerdem würden wir bei Aufhebung der Futtermittelzölle einen Einnahmehausfall von 67 Millionen Mark haben, die wir lediglich Rußland schenken würden. (Zuruf links: Unglaubliche Logik!) Deshalb zeigt das Ausland ja so großes Interesse an der Herabsetzung unserer Zölle und alle Anträge auf weitere Zollleichterung liegen lediglich im Interesse des Auslandes. (Beifall im Zentr.)

Vizepräsident Pasche teilt mit, daß der Antrag der Volkspartei auf Außererhebung der Futtermittelzölle auf Antrag Fischbeil (Wp.) namentlich sein wird.

Dr. Bötzger (Wp.): Die Maßnahmen des Entwurfs stellen nur ein Provisorium dar und deshalb werden wir dafür stimmen. Die sozialdemokratischen und freisinnigen Anträge dagegen würden unsere bewährte Wirtschaftspolitik durchlöchern und deshalb lehnen wir sie ab. Die Volkspartei will ja das argentinische Gefrierfleisch nicht so unbedingt zulassen wie die Sozialdemokraten, denn sie will beamtete Tierärzte nach Argentinien schicken zur Überwachung der Untersuchung. Welche staatsrechtliche Stellung würden diese Beamten dort haben? So kann uns nicht geholfen werden. Die Frage der Futtermittelzölle werden wir wohlwollend behandeln, aber der gegenwärtige Moment ist der allerungeeignete zu ihrer Beseitigung. Ohne ausreichenden Schutz würde unsere Landwirtschaft die Viehzucht einschränken müssen. An einer Abnahme des Konsums der Arbeiterbevölkerung haben auch die Landwirte kein Interesse, ein Landwirtschaftsminister, der Enthaltenspredigt predigt, hat seinen Zweck verfehlt. Wir werden stets für eine Gesetzgebung eintreten, die den inneren Markt stärkt und jedem das Seine gibt. (Bravo! bei den Kart.)

Arnstadt (K.): Von einer Fleischnot kann keine Rede sein. (Hört, hört! und lautes Gelächter links.) Nur eine Fleischteuerung ist zurzeit vorhanden, das geben wir ohne weiteres zu. Wir würden auch gern bereit sein, Mittel zu bewilligen, um den Inlandsmarkt vernünftig zu organisieren. Aber der vorliegende Entwurf ist unvereinbar mit dem Zollgesetz von 1902. Man hat behauptet, die Suspensionierung der

Futtermittelzölle würde den ganzen Notstand verhindern haben. (Sehr richtig! links.) Aber ist denn die Suspensionierung des Kartoffelzolls den Konsumenten zugute gekommen? (Sehr richtig! rechts.) Der größte Teil der Futtermittel geht auch heute schon zollfrei ein. Sie würden durch eine solche Maßnahme nur eine Entwertung der landwirtschaftlichen Produkte herbeiführen. (Sehr richtig! rechts.) Der Antrag der Volkspartei, der auch Zölle auf Jungvieh, Magervieh und Zuchtvieh beseitigen will, ist höchst bauernfeindlich. Die Bauern sind in der Hauptsache die Viehzüchter, und der Antrag würde höchstens den Viehhändlern und einigen Großgrundbesitzern nützen. Zu unserer Verwunderung ist dieser Antrag auch von dem Abg. v. Schulze-Gaevernath unterschrieben, der sich vor der Wahl in einer Broschüre für Viehzölle erklärt hat. (Hört, hört! rechts.) Auch der freisinnige Herr Kiel steht unter dem Antrag, der sich öffentlich gegen eine Einfuhr des Gefrierfleisches ausgesprochen hat. (Hört, hört! rechts.) Mit dem § 12 steht und fällt für ihn das Fleischbeschaugesetz. Das einzige Mittel zur Hilfe ist die Vermehrung der heimischen Produktion, zu der vor allem die innere Kolonisation nötig ist. (Bravo! rechts.)

Abg. Fischbeil (Wp.): Der Entwurf ist aus der Kommission genau so dürftig herausgekommen, wie er hineingekommen ist. Wie soll man auch an Abhilfe denken, wenn hier noch tiefgründig untersucht wird, ob eine Fleischnot oder eine Fleischteuerung vorhanden ist. Gibt man auch den Fleischmangel zu, so sagt man doch: Ja, wenn wir nicht die Dürre gehabt hätten, so hätte unsere Landwirtschaft ausgereicht uns mit Fleisch zu versorgen. Eine Wirtschaftspolitik, die stets gutes Wetter voraussetzt, um ihre Aufgaben zu erfüllen, kann überhaupt einpaßen. (Sehr richtig! b. d. Wp.) Unsere Wirtschaftspolitik ist auch dem Ziele, die gesamte landwirtschaftliche Produktion zu steigern, entgegengesetzt, denn Viehzucht und Körnerbau können nicht gleichzeitig gefördert werden. Man verweist auf die Zollfreiheit einzelner Futtermittel. Aber es ist eine bekannte Tatsache, daß Preis-erhöhungen einzelner Futtermittelarten auch Preis-erhöhungen bei den anderen Futtermitteln bewirken. Herr Herold erzählte uns wieder, die Zölle bewirken gar keine Preis-erhöhung, aber Dr. Delbrück hat neulich ausdrücklich zugestanden, daß die Getreidezölle den Zweck hätten, die Getreidepreise zu erhöhen. Einen Schutz der Landwirtschaft wollen wir, aber die Bevorzugung des Großgrundbesitzes muß aufhören. Grundsätzlich sind wir mit dem Vorstand des Städte-tes der Ansicht, daß den Städten nicht dauernd die Last auferlegt werden kann, für die Fleischversorgung der Bevölkerung zu sorgen. Schließlich kommt es noch dahin, daß vom Rathaus gebläsen wird: Morgen allgemeines Knödelessen! (Lacht.) Unter dieser Konkurrenz der Städte würde der gewerbliche Mittelstand schwer leiden. Solche Maßnahmen sind nur Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie. Wenn die Sozialdemokraten auch die Konsumvereine einbeziehen wollen, die ja eigentlich keine Organisation der Allgemeinheit sind, so jedenfalls deshalb, weil sie diese Konsumgenossenschaften in der Hand haben — unser Antrag auf Suspension der Viehzölle gilt nur für die Zeiten des Notstandes. Der Antrag Albrecht betr. die Einfuhr lebenden Rindviehs geht uns zu weit.

Unterstaatssekretär Richter wendet sich gegen die freisinnigen Anträge; die Aufhebung der Futtermittelzölle sei umso weniger gerechtfertigt, als wir eine gute Futtermittel-ernte hatten. Die unbegrenzte Einfuhr gefrorenen Fleisches aus dem Auslande unterliege schweren sanitären Bedenken, sie würde aber auch den Preis des Fleisches so drücken, daß die Viehproduktion nicht mehr lohnt. Dann könnten wir kaum noch die Hälfte der Bevölkerung mit heimischem Fleisch ernähren, und das würde schwere Gefahren in den Zeiten einer Krise oder eines Krieges herbeiführen. (Zust. rechts.) Hierauf vertagt sich das Haus auf Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der Beratung, dann Fortsetzung der Etatsberatung.) Schluß: 6¼ Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Lithographen! Die Firma G. Bergmann in Leipzig hat ihren Lithographen gekündigt, weil diese sich Unfordarkeit nicht aufzwingen lassen wollten. Es wird erwartet, daß kein Lithograph durch Arbeitsaufnahme bei der Firma sich dazu hergibt, die an sich schon ungünstigen Verhältnisse noch weiter herabzudrücken.

Gezeichnete Verhandlungen in der Binnenschifffahrt. Die Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband für die Binnenschifffahrt und dem deutschen Transportarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinen- und Heizer sind am 28. Januar abgeschlossen. Der Unternehmerverband hatte am 29. Dezember in einer Erklärung bestimmt zugelagt, daß mit Beginn des Jahres 1914 eine Arbeitszeitregelung vorgenommen werden sollte. In der Verhandlung am 28. Januar traten die Unternehmer von diesem Vorschlag zurück. Sie wollen wohl die gemeinsamen statistischen Erhebungen veranlassen, aber die Vorschläge der Kommission sollen nicht der Einführung der Nachruhe im nächsten Jahre dienen, sondern diese Erhebungen sollen der Regierung unterbreitet werden, mit dem Erlauchen, die gesetzliche Einführung der Nachruhe zu beschleunigen. Der Transportarbeiterverband und der Verband der Maschinenisten und Heizer waren bereit, an den Erhebungen mitzuwirken, sie wollten das Jahr 1913 als Übergangszeit zur Einführung der Nachruhe betrachten wissen. Aber sie konnten ihre Zustimmung nicht dazu geben, daß die Einführung der Nachruhe von den Regierungsmassnahmen abhängig gemacht würde, sie bestanden darauf, daß die Einführung der Nachruhe mit Beginn des Jahres 1914 erfolgen müsse. Der neue Vorschlag der Unternehmer wurde also von beiden Arbeiterorganisationen abgelehnt. Die geforderte Lohnerhöhung, namentlich für die Oderschiffer, wurden von den Unternehmern auch abgelehnt. Außerdem machten sie auch keine Zugeländnisse in der Bemerkungsfrage, zur Überstunden- und Sonntagsarbeit, Arbeitszeitverlängerung an den Stationen und zu den anderen Forderungen. Nach dem Scheitern der Verhandlungen muß also die Frage der Nachruhe in der Binnenschifffahrt durch Kampf entschieden werden. An der Bewegung sind beide Arbeiterverbände mit rund 12000 Mitgliedern beteiligt.

Tarifabschlüsse in den Nürnberger Margarinefabriken. Der am 31. Dezember 1912 abgelaufene Tarifvertrag mit den Nürnberger Margarinefabrikanten wurde nach längeren Verhandlungen erneuert. Der neue Vertrag bringt den Arbeitern nennenswerte Vorteile. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt für Arbeiter im Mai bis im August 50 Stunden; für die übrige Jahreszeit 56 Stunden; für Arbeiterinnen 47 bzw. 52 Stunden. Die Arbeitszeit ist so einzuteilen, daß

Die an den Sonnabenden der oben bezeichneten Sommerarbeitszeit für Arbeiter um 3 Uhr, für die übrige Jahreszeit um 5 Uhr beendet ist. Für Arbeiterinnen endet während des ganzen Jahres die Arbeitszeit an den Sonnabenden um 12 Uhr mittags. An den Vorabenden von Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist mittags 12 Uhr für alle Arbeiter und Arbeiterinnen Arbeitschluss ohne Kürzung des Lohnes. Der Mindestlohn beträgt pro Woche 25 Mk.; für diejenigen Arbeiter, die bei Inkrafttreten des Vertrages ein Jahr im Betrieb beschäftigt sind, 26 Mk. und für diejenigen, die zwei Jahre im Betrieb beschäftigt sind, 27 Mk. Arbeiter von 16-19 Jahren erhalten 18 Mk., von 18-20 Jahren 22 Mk. Arbeiterinnen bis 18 Jahre 12 Mk., über 18 Jahre 18 Mk. Alle übrigen Arbeiter erhalten bei Inkrafttreten des Vertrages eine Zulage von 1 Mk. pro Woche. Ferner erhalten alle über 20 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen am 1. Juli 1914 und am 1. Januar 1916 eine Lohnerhöhung von je 1 Mk. pro Woche. Diese Lohnerhöhungen werden jedoch nur gewährt, wenn der Höchstlohn von 32 Mk. pro Woche nicht überschritten wird. Überstunden werden für Arbeiter mit 60. Sonntagsarbeit mit 70 Pfg. pro Stunde bezahlt; Überstunden für Arbeiterinnen mit 40 Pfg. pro Stunde.

Die Arbeitslosigkeit der Privatangestellten im Jahre 1912. Die den jetzt vollständig vorliegenden Veröffentlichungen des Reichsarbeitsamtes im „Reichsarbeitsblatt“ enthält es, daß an die Berufsberatung des Amtes zu Anfang des Jahres 1912 angehefteten waren dreizehn Verbände mit 84 196 männlichen und 44 299 weiblichen, zusammen 128 495 Angehörigen, während am Jahresende die Verbände mit 48 731 männlichen und 45 980 weiblichen zusammen 94 711 Mitgliedern angeschlossen waren. Die Angehörigen der Verbände sind also um verhältnismäßig 27,5 Prozent mehr als bei der gewerblichen Arbeiterschaft, denn auf 10 Mitglieder entfielen im vierten Vierteljahre 1911 12 Stellenlose und im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres 14 Stellenlose. Zu Beginn des Jahres waren 476 Stellenlose vorhanden, am Schlusse 6257. Stellenlos wurden im Laufe des Jahres 33 869 Mitglieder und in Stellung waren 24 039 Mitglieder. Insgesamt waren 3952 Angehörige 870 727 Tage stellenlos, sodas ein Angehöriger durchschnittlich 41 Tage stellenlos war. Wenn also auch die Stellenlosigkeit nicht so häufig ist wie bei den Arbeitern, so ist doch die Dauer erheblich länger. Die 3952 Stellenlosen verbrachten im 4. Vierteljahre 470 920,07 Mt. Unterbringung, sodas die Angehörigenverbände durchschnittlich pro Tag 1,48 Mark Sonderunterstützung zahlen.

Eine gelbe Angestelltenvereinsgründung. Die mittel-europäischen Metallindustriellen versuchen jetzt nicht nur den Arbeitervereinigungen gelbe Gründungen entgegenzusetzen, sondern sie versuchen nach gleichen Methoden die Verbände der Arbeiterschaft zu hemmen und nieder zu schlagen. Von den Industriellen haben sich in den letzten Jahren die Techniker am meisten gerührt. Erst im Jahre 1911 wurde der Techniker-Verband in Deutschland gegründet. Diese Entwicklung hat sich nicht ohne Widerstände durchgesetzt. Im Deutschen Technikerverband und die Reichsarbeitsämter sind jetzt so stark geworden, daß der Beschluß des Kölner Verbandstages, den Streik als notwendige Waffe auch für das Gewerkschaftswesen des Technikers zu erklären, widerrufen wird. Die Staats- und Gemeindebehörden sind den Behörden zu Kreuz getroffen, sie haben auf den Streik nicht reagiert. Die Unternehmer selbst haben nun einen neuen Vorstoß gemacht, um die Metallarbeitervereinigungen unter den Technikern aufzuheben. In Hannover ist am Sonntag ein gelber Technikerverein aus der Taufe geboren worden. Er nennt sich „Ständesverein deutsch-nationaler Techniker“. Die Satzungen unterscheiden sich nicht von den übrigen gelben Statuten; politisch wird gegen die Sozialdemokratische Stellung genommen, gewerkschaftlich der Streik natürlich abgelehnt und die Interessensharmonie zwischen Unternehmern und Angestellten propagiert. Die Geldstellen dieser Gründung sind: der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Arbeitgeberverband der mittel-europäischen Metallindustriellen. Nicht weniger wie der Reichsverband der Techniker, Kommandant Vogeler und die Regierungen Vertreter waren bei der Gründungsversammlung anwesend. Die „Gründer“, die ihren Namen abgegeben haben, unterziehen ferner nicht das Interesse der Unternehmer an diesem neuen „Ständesverein“ zu betonen. Die Unterzeichner zu dieser neuen Ständesvereinigung sind demselben Kreise gesammelt worden, die auch die Revision des Kölner Verbandstagsbeschlusses durchgeführt haben. Man hat der Auseinandersetzung mit den Unternehmern auszuweichen. Die Neugründung wird ebenso wenig die Entschärfung der Angestelltenbewegung zur Gewerkschaft aufhalten, wie die übrigen gelben Vereine die Entwicklung der Arbeiterbewegung aufhalten können.

Die christliche Streikbrechervereinsgründung geht weiter. In der Stadt bei Hannover haben in der Herzdorferstr. 1. Hof die christlichen Metallarbeiter die Gründung eingereicht. Die Firma hat zu ihrem Betrieb einen gelben Werkverein gegründet. Die Arbeiter und Meister des Betriebes verlangen die Arbeiter in diesem Werkverein einzusetzen, trotz

dem dies nach einem Einigungsprotokoll und nach Verhandlungen mit der Organisation unterjagt war. Den Arbeitern wurde wegen Arbeitsmangels gekündigt. Während der Kündigungszeit aber wurde ihnen nahegelegt, in den Werkverein einzutreten, dann könnten sie weiter arbeiten. So sind im Laufe der Zeit 40 Arbeiter unter den nichtigsten Vorwänden entlassen worden. Da sich die Firma nicht zur Beachtung der Vertragsbedingungen verstehen konnte, kündigten die Metallarbeiter zum 25. d. Monats. Der christliche Metallarbeiterverband billigt nun dieses Vorgehen nicht, er gibt eine andere Sachdarstellung und sagt, er könnte für seine Mitglieder den Streik nicht befürworten. Damit nicht genug, werden von Menden i. W. aus christliche Metallarbeiter nach Sarstedt vermittelt. Ein vom christl. Verband von Menden nach Sarstedt übermittelter Arbeiter jag es nach Aufklärung der Situation vor, dort nicht Arbeit zu nehmen. Ein zweiter Arbeiter aus Menden erklärte, daß er vor 8 Tagen auf Veranlassung der christl. Organisationsleitung die Arbeit in Menden niedergelegt habe. Er habe mit einer größeren Zahl ausgeperrter Arbeiter nach Sarstedt fahren wollen. Da sich weitere Arbeiter noch nicht gemeldet hätten, sei er zunächst allein auf Kosten des christl. Verbandes nach Hannover geschickt und von dort durch einen Beamten des Verbandes mit einem Schreiben nach dem Betriebe von Hof in Sarstedt geschickt worden. Auch dieser Arbeiter erklärte, von der Sachlage nicht unterrichtet zu sein und bei der Firma nicht Arbeit nehmen zu wollen. Dem christl. Metallarbeiterverband wurde das Ungehörliche der Sache vorgehalten, und der Angestellte versprach auch, weitere Arbeiter nicht mehr zu schicken. Trotzdem kamen wenige Tage darauf abermals 2 Mann aus Menden. So vermittelt also die Christlichen ohne Scham Streikbrecher auch nach anderen Orten.

Aus dem Gerichtssaal.

Wieder ein Spionageprozeß. Im Spionageprozeß gegen den Kaufmann Wilhelm Ewald wurde der Angeklagte vom Reichsgericht wegen Betrags militärischer Geheimnisse zu sieben Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß der Angeklagte sich von der englischen Admiralität als Spion anstellen ließ und ihr sieben Berichte und Zeichnungen über geheimzuhaltende Gegenstände geliefert hat.

Aus Nah und Fern.

Verbrannt. In Sandau, Kreis Jerichow II, brach im Hause des Tischlermeisters Lamprecht ein Brand aus, der das Gebäude bis auf die Grundmauern einäscherte. Lamprecht wurde aus dem Schlafe geweckt und konnte sich und seine Familie nur mit Mühe retten. Eine im oberen Stock wohnende Mieterin, ein nervenkrankes Fräulein Grätz, die das Feuer verursacht haben soll, kam in den Flammen um.

In einem Anfälle von geistiger Umnachtung stürzte sich gestern in dem Hause Gneisenaustraße 65 der 23 Jahre alte Mechaniker Boße in Berlin aus seiner im dritten Stockwerk belegenen Wohnung auf den gepflasterten Hof hinab. Er wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Eine aufregende Szene im Gerichtssaale. Der Arbeiter Lindow, der sich wegen Unterschlagung zu verantworten hatte, stürzte im Moabitler Kriminalgericht mit bereits gehaltenem Messer auf den Vorsitzenden. Der Gerichtsdienner und ein Aktuar fielen Lindow in den Arm. Es kam zu einem heftigen Handgemenge, in dessen Verlauf der Aktuar einen Stich in die Hand erlitt. Der Abend wurde erst von sechs Gerichtsdiennern überwältigt und abgeführt.

Schlimme Folgen einer Spielerei. Auf dem Werk Lietzenfeld bei Düsseldorf trieben einige junge Leute Unfug, indem sie sich gegenseitig mit brennendem Papier bewarfen. Hierbei wurde auch ein an dem Unfug beteiligter Lehrling getroffen. Sein mit Öl getränkter Anzug fing Feuer. Der junge Mann erlitt so schwere Brandwunden, daß er bald darauf starb. Infolge eines Zugzusammenstoßes auf dem Bahnhof in Rommow wurden ein Schaffner tödlich und fünf Passagiere leicht verletzt.

Folgen eines „Schülermanövers“. Die jugendliche Kriegsspielerei, die in jüngster Zeit schon viel Unheil angerichtet und Blutopfer geordert hat, brachte über die Familie des Barbierherrn Jeyer in Gräfenhainichen bei Halle a. S. schweres Unglück. Am letzten 2. September veranstaltete der Lehrer Emil Hienisch aus Gräfenhainichen ein jug. Schülermanöver, an dem auch der 12jährige Sohn des Barbierherrn Jeyer teilnehmen mußte, da es sich um eine „Schulfeier“ handeln sollte. Lehrer Hienisch, der mit der Leitung der Feier beauftragt worden war, soll den teilnehmenden 150 bis 200 Schülern erlaubt haben, Schußwaffen mitzubringen, damit das Gedankstille die richtige Weisheit bekomme. Auch dem 12jährigen Schüler Matthies soll er gestattet haben, eine richtige Pistole mit einem Patronen zum Aufsetzen des Zündhütchens mitzubringen. Matthies lud seine Schußwaffe, machte damit Unfug und Schießversuche, wobei er die Pistole scherzhaft nach dem Gesicht des kleinen Jeyer richtete. Letzterer verbat sich den Unfug und schlug schließlich nach des Wasse. Dabei traf er unglücklichweise den Hahn und brachte die Waffe zum Entladen. Durch die Explosion des Zündhütchens wurde dem J. ein etwa 4 Millimeter großes Stück Kupfer in

das linke Auge getrieben. Der Junge kam in die Universitätsaugenklinik nach Halle, wo nach längerer Krankheit und Operation festgestellt wurde, daß das linke Auge völlig erblindet ist und das rechte eventuell in Mitleidenschaft gezogen werden könne. Der Vater des Knaben klagt nun vor der Zivilkammer des Landgerichts gegen den Lehrer Hienisch auf Schadenersatz und beruft sich u. a. auf § 839 des B.-G.-B., wonach ein Beamter, der seine Pflicht verletzt hat, zum Schadenersatz verpflichtet ist. Der Lehrer habe durch die Aufforderung zum Mitbringen von Waffen fahrlässig gehandelt. Es wird verlangt die Zahlung eines Schmerzensgeldes von mindestens 1500 Mark und für den Knaben vom 15. Lebensjahre ab eine Jahresrente von 300 Mark. Obwohl in der Sache schon mehrere Termine stattgefunden haben, ist vorläufig noch nicht abzusehen, wann das Urteil gefällt wird, da es noch fraglich ist, ob die vorgelegte Behörde des Beklagten nicht noch den sog. Konflikt erhebt. Inzwischen mögen sich die Kriegsjugend-schwärmer den Fall recht dringend zur Warnung dienen lassen.

Religiöser Wahnsinn. In Weidach im Oberamt Stuttgart hat ein Mann seine Mutter ermordet, dem das Zeugnis ausgestellt wird, daß er als solider und harmloser Mensch bekannt war. Er schnitt seiner krank im Bett liegenden Mutter den Hals ab und wäre mit seiner Frau nicht anders verfahren, wenn es ihr nicht gelungen wäre, ihm das Mordwerkzeug zu entwenden. Die Tat geschah in religiösem Wahnsinn. Seit etwa 10 Tagen treibt nach einem Bericht des „Stuttgarter Beobachters“ in der Kirche in Wöhlingen ein „Missionar“ von Korntal sein Wesen. Unter seinen Zuhörern befand sich auch der unglückliche Bauersmann. Er gehörte schon vorher in Weidach einer Sekte an und scheint unter dem Einfluß der Vorträge in Wöhlingen vollends dem Wahnsinn verfallen zu sein. Das Sektensystem hat, wie die „Schwab. Tagwacht“ bei dieser Gelegenheit konstatiert, in Württemberg einen ungeheuren Umfang angenommen. Unter den Landgemeinden wird selten eine zu finden sein, in der nicht mindestens eine, meist aber mehrere Sektensysteme nach Kräften gefördert. Das ist sehr wohl zu verstehen. In den Sektensystemen hat die konservative Partei einen sehr starken Rückhalt. An die den Sektensystemen verfallenen Volkstreu ist mit moderner Auffassung außerordentlich schwer heranzukommen. So erfüllen die Sektensysteme vor allem die Aufgabe, ein Damm gegen die Sozialdemokratie zu sein. Immer mehr sind in den letzten Jahren „Prediger“ aufgetreten, die unter gewaltiger Zulauf auf das unaufgeklärte Volk einwirkten und mit den größten Mitteln arbeiteten. Leute, die der ehrlichen Arbeit aus dem Wege gingen, etablierten sich als „Büßprediger“, verstanden ausgebeutet, ihre Zuhörer zu verwirren, sie zum Teil bis zum Wahnsinn zu treiben und — die Schäfslein gehörig zu scheren. Es kamen die Gesunden, die lieber die Menschen zugrunde gehen ließen, ehe sie einen Arzt riefen, die Zeltmissionen usw. In manchen Gemeinden stellte die Kirchengemeinde die Kirche zur Verfügung, in anderen wurden für teures Geld Säle gemietet — das Handwerk lohnt sich — besondere Zelte wurden aufgeschlagen usw. Das Geld floß den Wachsen in Strömen zu. In die Familien aber wurde Zant und Streit getragen. Die Landbevölkerung insbesondere ist es, die für diese „Frommen“ ein weites Feld der Ausbeutung darstellt. In den dürftigsten Verhältnissen lebende Menschen haben den letzten Pfennig, den sie aufreiben konnten, diesen „frommen“ Geldmachern zugetragen. Die wirtschaftliche Unsicherheit, die immer größer werdende Abhängigkeit, schlechte Ernten, Unglück in der eigenen Wirtschaft, all das und anderes dazu schreiben die schlaun Gefellen der „Sündhaftigkeit“ des Volkes zu. Buße tun und fleißig opfern bezeichnen sie als einziges Mittel zur Besserung. Wenn sie jeweils nach Schluß ihrer Vorträge ihre Ernte zusammenrechnen, danken sie ihrem Schöpfer, daß es noch weite Volkstreu gibt, die sich in solcher Weise schürpfen lassen. Die Sendboten aus dem „heiligen Korntal“ sind besonderer Art. Sie haben es verstanden, überall dort, wo sie regelmäßig mit gewissen Pausen auftreten, sich besondere Freunde ihrer staatsfeindlichen Tätigkeit zu gewinnen, die meist einflußreich genug sind, um durchzusetzen, daß die Kirchen den Schauplatz ihrer ertragsreichen Arbeit abgeben. Dort dannern sie dann von der Kanzel — wenn das Geschäft gut geht, auch zweimal im Tage. So lange der Zustrom nicht aufhört und der Geldregen entsprechend anhalt, haben sie mit dem Wandern nach einem andern Ort keine Eile. In Wöhlingen wird nach dem Vorfall in Weidach wohl für einige Zeit Schluss sein. Wenn die Erregung abgeebbt und der Sturm verpufft ist, kann dann wieder begonnen werden. Die Kirche scheint das Auftreten der Wanderprediger nicht ungern zu sehen, ebensowenig der Staat, der an diesen „Volkstreu“ vortreffliche Stützen hat. Um so notwendiger ist es, den gefunden Menschenverstand gegen den Unfug zu Hilfe zu rufen. Bei einem aufgeklärten Volke wären solche Dinge nicht denkbar.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwab. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Einschließlich in Lübeck.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksblattes“

Fräulein! können Sie linksrumtionen?

Damen-Modelle, ausgeschnitten

- Satia, alle Farben 1.60
- Chromleder 2.45
- Atlas, alle Farben 2.45
- ff. Chromleder, breit 3.75
- ff. Kalblack, breit 4.90

Damen-Pumps:

- weiss Glacéleder 3.75
- brunze Chromleder 3.90

Herrn-Tanz- und Salonschuhe:

- Lacklack, eleg. Schleife 2.75 3.75

Wo auch immer diese Klänge erschallen:
„Sie“ und „Er“ schwärmen für
„Condor“-Tanz- und Salonschuhe!

Conrad Tack & Co.

G. m. b. H.
Lübeck
Breite Strasse 47.
Fernsprecher 2546.

Damen-Spangenschuhe:

- ff. Lacktuch, Spange durchbrochen 1.95
- weiss Leder 2.85 3.75 6.50
- ff. Chromleder 4.50
- mit eleg. Schleife, la. 3.90
- ff. Kalblack, breit 5.00
- do. mit ff. Schleife 7.50
- do. 2 Spangen, ff. dekoriert 4.90

Damen-Hochlaschenschuhe:

- 733 la. Lacktuch, ff. Rosette 2.75
- schwarz Chromleder 4.90
- weiss Glacéleder 8.50
- ff. Kalblack, hübsche Garn. 7.50 7.90

Komitees und
Kommissionssitzungen

3. Distrikt
morgen Sonnabend, 1. Februar
abends 9 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52 (771)

8. Distrikt
Sonnabend, den 1. Februar
abends 8 1/2 Uhr
bei J. Meyer. (755)

Gelacht zum 1. Februar sonderes
Tagesmüßchen evtl. Morgenfrüh
(750) Trappelmannstraße 13 L.

Wertmeister
in Wochen- oder Monatsgehalt.
Wih. Möller, Sandstr. 66.

Friseur-Gehilfe
zur An- u. Hilfe gesucht für Sonnabend
und Sonntag. (744)
Otto Gerwinsky, Dornstr. 43a.

Ein freundl. Zimmer
zu vermieten. (746)
Geyerstraße 44 L.

Moising.
Anfängerhalter ein kleines
Einmiltchenhaus
mit geringer Anzahlung zu verkauf.
Offerten erbitte unter G Z an die
Expedition dieses Blattes. (742)

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

2. Hand Damen-Maschinenanzug
billig zu vermieten. (741)
Schwarzwasser Allee 61 n.

Empfehle

als
passende Winter-Artikel

Rindleder-Zug-, Schnür-
u. Schnall.-Arbeitsstiefel
von 6.50 M an.

Knabenstiefel, Rindleder,
81-85 5.25 M 86-89 6.50 M.

Herren- u. Damenstiefel,
Boxleder, von 6.75 M an.

Starke Arbeitsschuhe
mit Eisen 4.00 M.

H. Beckmann,
Reiferstr. 3. 774

Betten, Bettfedern
u. a. Betten-Mittel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt **Otto Albers** Kohlmarkt
4. 10.
3. A. kompl. Betten v. 12.50 Mf. an.
Federn per Pfd. v. 45 Pf. b. 4 Mf.
(62) Rote Lubeca-Marken.

Bilds Mischtaffel
seit 15 Jahren großer Erfolg
Pfd. 80, 100, 110 u. 120 Pfg.
in 1/2 und 1/4 Pfd.
fertig zum Gebrauch.
Für Haushaltungen mit großem
Personal ist diese Mischung be-
sonders zu empfehlen.
Postpakete franko.

H. Bülck
Breite Straße 54. Fernspr. 119.

Johannes Holst
Markt 6. Kohlmarkt 6.
Gestr. Lederhof. 245 295 375 475
Blaue Schloffer-Pojen u. Sackeu
148 185 240 250
Blaue Pilot-Pojen 245-595
Halbstiefel, prima Rindleder,
Paar 995
Arbeiter-Spangenschuhe
Paar 450 595
Sämtliche Manufakturwaren,
Schuhwaren sehr billig.
Rote Lubecamarken. 59

Fahrrad- und

Nähmasch.-Rep.-Werkst.
Alle Fabrikate werden fachgemäß u.
billig ausgeführt unter prompter Be-
dienung. Email. Bernick. bill. u. gut.
(63) Carl Heynert, Lübeck,
Moisl. Allee 6a. Fernspr. 352.

Die Arbeitsgarderoben
von
Bahr & Umlandt
- Breite Straße 31 -
sind anerkannt preisw. u. haltbar.
Zwirtschoten . . . 1.40 bis 3.50
Wollschoten . . . 2.50 bis 5.50
Maurerhosen . . . 2.90 bis 7.50
Gen. Cordhosen 4.00 bis 9.50
Schlofferanzüge 2.80 bis 5.00
Klapp- u. Bauchhosen in allen
Qualitäten.
Trotz der billigen Preise
(60) rote Lubecamarken.

Hasenielle
Kanin, Fuchs, Marber, Zitis usw.
Pferdehaare
Mähnen, Rudschweifhaare
kauft zu höchsten Preisen
J. L. Würzburg, Wahnstr. 22 a.

Billig! Käse! Billig!
Große Partie sehr fett. Tilsiter 75 Pf.
Sehr feiner Schweizer 55 Pf.
(72) Klempnerstr. 48.

Spezialität seit über 30 Jahren **Kuhentfer, gelocht, p. Pfd. 65** überbittert in Geschmack

Kredit auch nach auswärts.

Auf Teilzahlung!

Anzüge Paletots
Für 18 M. Anzahlung 4 M.
Für 24 M. Anzahlung 5 M.
Für 38 M. Anzahlung 10 M.
Für 40 M. Anzahlung 12 M.
sowie Damen - Paletots,
Kostümröcke von 4 M. an.
Konfirmanden-Anzüge
von 5 M. Anz. an.
Kinderwagen, Uhren,
Bilder und Spiegel.

Möbel
Einrichtung 150 M. Anz. 18 M.
Einrichtung 250 M. Anz. 28 M.
Einrichtung 350 M. Anz. 35 M.
Einrichtung 450 M. Anz. 45 M.
Einzelne Möbel
sowie Betten
von 5 M. Anzahlung an.
Teppiche, Tischdecken,
Gardinen und Portieren.

Hersch. Kesten
17, 1. Etg. Holstenstraße 17, 1. Etg. (767)

Für Brautleute besonders günstige Bedingungen.

Hersch. Kesten
17, 1. Etg. Holstenstraße 17, 1. Etg. (767)

Inventur-Ausverkauf.

Damen-Roh-Chevreau u. Boxkalf v. 3.50-12.00 Mk.
Herren-Box und Chevreau v. 7.00-13.00 "
Knaben- u. Mädchen-Stiefel, Boxkalf Nr. 27-30 4.50 "
Nr. 31-35 5.00 "

Es bietet sich zum Einkauf die günstigste Gelegenheit, da die Preise
um 10 bis 50 Prozent ermäßigt sind. 609

H. Bade, Schuhwarenhaus, Marienstr. 2. Madgeschäft.

Vafohst, gemischt . Pfd. 40 Pf.	Meiereibutter . . . Pfd. 140 Pf.
Pflaumen Pfd. 30, 40 u. 48 Pf.	Weißes Schmalz . . . 70 Pf.
Kirschen Pfd. 44 Pf.	Kofodinnbutter . . . 69 Pf.
Äpfel 41 Pf.	Rauchfleisch 115 Pf.
Aprikosen 60 Pf.	8 Eier 60 Pf.
Brünnel 70 Pf.	Gr. Salzgurken, 2 Stück 15 Pf.
Saure Kirschen 70 Pf.	Magd. Sauerkohl, 2 Pfd. 15 Pf.
Birnen 75 Pf.	Zwiebeln 5 Pf.
Feigen 25 Pf.	Solländer Käse . . . Pfd. 75 Pf.
Sagebutten 66 Pf.	Schweizerkäse . . . Pfd. 80 Pf.
Korinthen ohne Steine 48 Pf.	Tilsiter Käse Pfd. 40, 60, 80 Pf.
Korinthen 38 Pf.	Hollsteiner Käse . . Pfd. 33 Pf.
Birnen u. Schalen . . 30 Pf.	Gem. Marmelade 5 . 140 Pf.
Birnen o. Schalen . . 40 Pf.	Preißelb. 10 Pf. 330, 5 Pf. 180 Pf.

Eduard Speck,
Hügelstraße 80 und 82. (769)

Jeder der sich und die Seinen weiterbilden
und seine Büchererei auf billigste
Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete
dem Ende 1911 bereits 98 000 Mitglieder zählenden

Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde
(Sitz Stuttgart)

bei. Für den geringen Jahresbeitrag von
nur M 4.80

(dazu im Buchhandel 20 Pf. Bestellgeld, durch die
Post d. Porto) erhält man kostenlos:

1. die reichillustrierten Monatshefte
Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde
mit den Beiblättern:

Wandern und Reisen - Wald und Heide - Photo-
graphie und Naturwissenschaft - Technik und
Naturwissenschaft - Haus, Garten und Feld -
Natur und Kunst

2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von
Büchern, Mikroskopen, b. Vorträgen u. Kursen etc.
3. ohne jede Nachzahlung

fünf wertvolle Bücher

erster Schriftsteller; im Jahre 1912: Gibson-Günther,
Was ist Elektrizität? Dannemann, Wie unser Weltbild
entstand; Dr. Floericke, Kriechtiere u. Lurche fremder
Länder; Prof. Dr. Weule, Die Urgesellschaft u. ihre
Lebensfürsorge; Dr. Kölsch, Die Erschaffung d. Seele.

Eintritt jederzeit! Anmeldungen nimmt jede
Buchhandlung entgegen,
wo keine solche, wende man sich an den „Kosmos“, Stuttgart.
Probehefte und Prospekte postfrei!

Schulschreibhefte

mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Karl Lahrtz, Böttcherstr. 14/15.
vorn. M. Lahrtz.

Prima H. Rauchfleisch 100 Pf.
das Pfund
Dicke Flomen, 6. Abnahme
von 4 Pfd. . . das Pfd. 80 Pf.
Frisches Schweinefleisch
Bratenstücke . . . das Pfd. 90 Pf.
Frische Karbonade
Nacken . . . das Pfd. 100 Pf.
Geräucherter fetter Speck
b. Abn. v. 4 Pfd. d. Pfd. 100 Pf.
Geräuch. magerer Speck
b. Abn. v. 4 Pfd. d. Pfd. 100 Pf.
Hausmacher-Leberwurst
m. kl. Fleischst. das Pfd. 100 Pf.
Hausmacher-Leberwurst Pfd. 90 Pf.
Bestes weißes Schmalz
bei Abn. v. 4 Pfd. d. Pfd. 85 Pf.
Bratenfleisch Pfd. 60 Pf.
Kernfettes Rindfleisch Pfd. 80 Pf.
Bratenstücke Pfd. 90, 85 Pf.
Kalbfleisch Pfd. 80 Pf.
Kalbfleisch u. N. Pfd. 90 Pf.
Karl Lahrtz, Böttcherstr.
14/16.
vorn. M. Lahrtz. (759)

Wachtung! Wachtung!

Billig!!!

Empfehle zum Sonntag:
Prima junges, kernfettes
dickes Rindfleisch Pfd. 75 Pf.
Bratenstücke . . . Pfd. 85 Pf.
Rohbraten . . . Pfd. 90 Pf.
Rohbraten . . . Pfd. 1.00 Mk.
Filet Pfd. 1.40 Mk.
Beefsteak Pfd. 1.20 Mk.
Gulasch u. Geh. Pfd. 90 Pf.
Kalbfleisch Pfd. 1.00 Mk.
Pa. ja. Schweinefleisch Pfd. 95 Pf.
Schinken in jed. Größe Pfd. 95 Pf.
Pa. Hammelfleisch . . Pfd. 90 Pf.
Keulen Pfd. 1.00 Mk.
sowie sämtliche Wurstsorten zu
billigsten Preisen. 764

Paul Boldt,
Schlachterei und Wurstmacherei
mit elektrischem Betrieb,
Wahnstraße 22. Fernspr. 2133.

Wachtung, diese Woche!

Pa. fettes Rindfleisch 75-80 Pf.
Bratenstücke . . . 85 Pf.
Kalbfleisch 1.- Beefsteak 1.20
Gulasch u. Gehacktes 90 Pf.
Schweinebraten . . . 90 Pf.
Karbonade 1.00
Kalbfleisch 65, 70 Pf.
Kalbfleisch 75, 80 Pf.
Rauhfleisch 1.-1.10
Kohlrabi u. Sülze Pfd. 80 Pf.
Gefochte Pfd. 90 Pf., Leber-
wurst 90 Pf., 1.-, Pa. Kalbsfett
70 Pf., Flomenfleisch Pfd. 95 Pf.

Hermann Atmer
Königsstr. 48 b (765) Königsstr. 48 b.

Prima dänisches Queen-
und junges Rindfleisch

Suppenfleisch Pfd. 75 Pfg.
Bratenstücke Pfd. 85 Pfg.
Hammel- und Kalbfleisch
Pfd. 80 u. 90 Pfg.
Schweinefl., Braten-
stücke 90 Pfg.

Otto Hein, Schlachterei,
Markthallenstand Nr. 10 und 11.

Empfehle zum Sonntag:

Pa. Rindfleisch . . . 75 Pf., 80 Pf.
Bratenstücke . . . 85 Pf., 90 Pf.
Schweinefleisch . . . 90 Pf., 95 Pf.
Fettes Kalbfleisch . . . 90 Pf.
Kalbfleisch 70 Pf.
Keulen 80 Pf.
sowie sämtliche Wurstwaren zu
bekanntest Tagespreisen.

K. Jürgensen,
Fernspr. 2124. (770) Hügelstr. 79.



junge fette
Bierde

geschlachtet, wovon ich meinen
wertigen Kunden prima
Suppenfleisch sowie sämt-
liche Wurstsorten in be-
kannter Güte empfehle.

Herm. Dose
Hundekrabe, 2. Mattheide.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der
Buchdruckerei des „Lüb. Volksboten“
Johannisstraße 46.

Leere Farbetonnen

vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten“.

Plakate

betr.
Anordnung des Medizinal-
amts vom 11. Juli 1910
bezüg. Feilhalten von Nah-
rungs- und Genussmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg.
per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Inventur-Ausverkauf.

Die Preisermäßigung ist ganz enorm, teilweise bis 50%.

- | | | | |
|---|---|--|--|
| Tassen Porzellan, . . . jetzt nur 10 ⁴ | Kaffeekannen Porzellan, groß, 70, 45 ⁴ | Nachtgeschirre groß, statt 68 ⁴ jetzt 48 ⁴ | Gr. Post. Leuwagen . . . 33, 28, 22 ⁴ |
| Tassen Goldrand, statt 30 ⁴ jetzt 20 ⁴ | Butterdosen Porzellan, . . . nur 23 ⁴ | Gemüsetonnen . . . Satz (6 Stück) 2 ⁵⁰ | Gr. Post. Bürsten zum Aussuchen 20 ⁴ |
| Tassen Porzellan, dekoriert, Paar statt 30 ⁴ jetzt 20 ⁴ | Saucières glatt u. feston . . . 88, 78 ⁴ | Gr. Posten Untertassen Dutzd. 42 ⁴ | Gr. Post. Biergläser ³ / ₁₀ Liter . . 8 ⁴ |
| Milchtöpfe dekoriert, groß, jetzt 22 ⁴ | Saucières dekoriert . . . nur 38 ⁴ | Kinderflaschen . . . statt 8 jetzt nur 5 ⁴ | Gr. Post. Emaille-Teller statt 25, 15 ⁴ |
- Kaffeeservice 9teilig, ff. dekoriert . . . 2⁷⁰ Blumentöpfe, Blumenkübel für die Hälfte des Wertes.

Breite Str. 33.

Riesens-Bazar

Breite Str. 33.

Pietro Cagna.

Auf alle regulären Waren 10 Prozent Preisermäßigung.

Mein Ausverkauf dauert bis Freitag, 7. Februar.

Eröffne
mit dem heutigen Tage die gänzlich renovierte, seit 1872 von meinen Eltern geführte
Wirtschaft
und bitte gütigst, das meinen Eltern geschenkte Wohlwollen auf mich übertragen zu wollen und zeichne hochachtungsvoll
Heinrich Spender,
Karlststraße 63. 768

Geschäfts-Gründung.
Einem geehrten Publikum von Stockelsdorf und Umgebung die ergebene Mitteilung, daß ich am Sonnabend, dem 1. Februar, in dem Hause Ahrensbofener Straße Nr. 14 ein

Manufaktur-, Weiß- u. Wollwaren-Geschäft
verbunden mit

Arbeiter-Garderoben- und Schuhwaren-Handlung
eröffne.

Durch günstigen Einkauf bin ich in der Lage, sämtliche von mir geführten Artikel zu äußerst billigen Preisen zu liefern.

Indem ich höflichst bitte, mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, zeichne
hochachtungsvoll

L. Reining.

Hosenselle

Kamin, Herd, Zitis, Fuchs usw., sowie Pferdehaare laßt zu höchsten Tagespreisen.
D. Wagner, Holstenstr. 8.

(61) **Hans Köppen**
Goldschmied und Graveur
Lübeck
4 Sandstraße 4.

Ausspielen v. Heißwecken
am Sonnabend und Sonntag im Gasthof Klein-Mühlen.
Otto Evers.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck, Distrikt Schlutup.

Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, dem 2. Februar nachmittags 4 1/2 Uhr im Lokale von A. Saborowski (Gasthof zur Linde)
Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Abrechnung vom 4. Quartal 1912.
 3. Verschiedenes.
- Um recht zahlreiches Erscheinen erludt
Die Distriktsleitung.

Zentral-Verband der Theaterangestellten!

Achtung! Streik! Achtung!

Neues Operetten-Theater in Hamburg.

Wegen Tarifbruch und Maßregelung legen die Bühnenarbeiter die Arbeit nieder. Bezug von Hilfsarbeitern, Tischlern usw. ist streng fernzubehalten.
Sein Arbeiter werde zum Streikbrecher.
Die Streikleitung.
F. A.: G. Köser.

754

Hansa-Theater Lübeck
Tel. 613. Dir.: Gebr. Eilbach. 5 Min. v. Bahnhof.
Ab 1. Februar und folgende Tage:
Anfang präzise 8 1/2 Uhr. Anfang präzise 8 3/4 Uhr.
Gastspiel des neuen Hamburger Operetten-Theaters.
Direktion: Wilhelm Bendiner.
Rund um die Alster. (763)
Große Hamburger Ausstattungs-Revue mit Gesang und Tanz in 8 Bildern.
Gebrüder Wolf in den Hauptrollen.
100 Mitwirkende. 100 Mitwirkende.

1. Bild: In der Mühle	2. Bild: Im Lagermarkt	3. Bild: Im Hotel	4. Bild: Silberballett
5. Bild: Im Tangel-Tangel	6. Bild: Am Jauglerstiege	7. Bild: Fische u. Tische auf der Flucht	8. Bild: Ballett-Diversions-Militär-Bandschran

Jeden Sonn- und Feiertag, Anfang 4 Uhr:
Gr. Volks- u. Fremden-Vorstellung. Kleine Preise.

Vorzugskarten
in umgibt in

Preise der Plätze: Loge Mk. 5.—, Parquet Mk. 3.—, Sperrsitze Mk. 2.—, Parkett Mk. 1.50, Seiten-Parquet Mk. 1.—, Parterre Mk. 1.—, Seiten-Parterre Mk. 1.—, Mittel-Balkon Mk. 1.—, 1. Balkon Mk. 0.50, 2. Balkon Mk. 0.30, Galerie Mk. 0.20.

Nach der Vorstellung ab 11 Uhr: Ganz neues Künstler-Personal.
Kabarett, Karnevals-Vorstellung.

Neue Gesellschaft für Eutin u. Umgegend
e. G. m. b. H.

General-Versammlung
am Donnerstag, d. 6. Februar abends 8 1/2 Uhr im Lokale des Herrn P. Schröder.

- Tages-Ordnung:
1. Bericht der Kommission.
 2. Wahl einer Kommission.
 3. Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes für Fißlau.
 4. Verschiedenes.
- Hierzu werden die Mitglieder und deren Frauen zahlreich eingeladen
Der Aufsichtsrat.
760) F. A.: L. Schöning.

Achtung! Achtung! Versammlung

der bei den Holzspediteuren beschäftigten Arbeiter
am Sonnabend, dem 1. Februar abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52.

- Tages-Ordnung:
Beschlußfassung über die Festlegung eines Lohntarifs für den Merksischen Holzplatz.
761) Der Vorstand.
NB. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend erforderlich.
D. D.

Neues Stadttheater.

Sonnabend, den 1. Februar Anf. 7 1/2 Uhr. Ende geg. 10 Uhr. 116. Vorstellung im Voll-Abonn. Außer Sonnabend-Abonnement. Kleine Preise.
Sonntag, den 2. Februar Anfang 8 Uhr. Ende 5 1/2 Uhr. Außer Abonnement. Kleine Preise.
Neu! Inge. Neu! Autoliebchen.
Das Drama einer Liebe von J. Tsalow. Mittelpreise. Burleske Operette v. Jean Gilbert

Sonntag, den 2. Februar 1913 Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr. 116. Vorstellung im Voll-Abonnement. Erhöhte Preise.
Gastspiel der k. k. Hofopernsängerin **Hedw. Francillo-Kaufmann** vom Stadttheater in Hamburg.

Hoffmanns Erzählungen.
Oper von Offenbach.
Olympia, Julietta, Antonia . . . Hedwig Francillo-Kaufmann.

Vorläufige Anzeige: Richard-Wagner-Gedenkfeier Der Ring des Nibelungen
im Zyklus unter Mitwirkung berühmter Gäste.
1. Tag
Dienstag, den 4. Februar 1913
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Das Rheingold
Alberich E. Habich vom Hoftheater in Berlin.
2. Tag
Freitag, den 7. Februar 1913
Anfang 6 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Die Walküre
Brünnhilde . Frau Drill Orridge vom Stadttheater in Hamburg.
3. Tag
Montag, den 10. Februar 1913
Anfang 6 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Siegfried
Siegfried Einar Forchhammer
Großherzogtl. sächs. Kammerjäger vom Hoftheater in Wiesbaden.
4. Tag
Donnerstag, den 13. Februar 1913
Anfang 6 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Die Götterdämmerung
Sagen Georg Zottmayr vom Hoftheater in Dresden.
Alle vier Aufführungen finden im Voll- resp. Tages-Abonnem. statt. Außerdem ist noch an der Kasse ein Sonder-Abonnement zu folgenden Preisen (einschließlich Garderobengebühr) aufgelegt:
Progeniumloge . . . 24.50 M. Sperrsitze 16.80 M.
1. Rang Loge, Vorderpl. 20.50 M. Parkett, 7-10. Reihe . . 12.80 M.
1. Rang Loge, Hinterpl. 16.50 M. Parkett, 11-17. Reihe . . 10.80 M.
1. Rang Balkon, 1. Reihe 20.50 M. Singspartie 6.40 M.
1. Rang Ball, 2-4. Reihe 16.50 M. 2. Rang, 1-3. Reihe . . 8.80 M.
1. Rang Ball, 5-6. Reihe 12.50 M. 2. Rang, 4-6. Reihe . . 6.80 M.

Das Abonnement wird Sonntag mittag geschlossen. (752)
An der Abendkasse erhöhte Preise.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck, Distrikt Rennefeld-Schwartau.

Achtung!
Die Auszahlung der Gewerkschaften-Unterstützung findet vom Sonnabend, dem 1. Februar bis auf weiteres abends von 7 1/2 Uhr ab im Gasthof Transvaal (Rob. Pinkert) statt.
767) Die Distriktsleitung.

Grünkohl-Essen
am Sonnabend, dem 1. Februar von morgens 10 Uhr an.
Franz Lüth,
762) Karpfenstraße 21.

Brömsen-Halle
Breite Straße 44.
Sonnabend, den 1. und Sonntag den 2. Februar:
Großes humoristisches

Bockbier-Fest.
Spezialität: Eisbein mit Sauerkraut u. Erbse, Pfeffer, Mökurtelragout und Bockwürst. (749)
Hierzu ladet freundlich ein
H. Wulff.

Zum alten Meklenburger Landkrog Lohmühlenweg 1.
Am Sonntag, 2. Februar:
Großes Bockbierfest
Konzert ausgeführt von der Schwartauer Kadetten-Kapelle.
Anfang 4 Uhr.
Kappen und Leder gratis.
Hierzu ladet freundlich ein
776) **Heinr. Luckmann.**

Konzerthaus
Zauberflöte.
Sonnabend, d. 1. Februar:
Neue Kapelle!
Int. Tambritzka-Prosveta
Damen-Kapelle
745) 5 Damen, 3 Herren.

Auf vielfachen Wunsch
Sonnabend u. Sonntag
wieder humoristisches
Bockbierfest
Sonntag Anfang 4 Uhr
Eintritt gänzl. frel.
Kappen u. Led. gratis.

Großes humor. Bockbier-Fest
Sonnabend, 1. Febr. im Hansakrug.
Hierzu ladet freundlich ein
Adolf Stief.
740)

Das Ende der französischen Herrschaft in Lübeck.

Schluf.

„Wegen der zerrissenen Anzüge und starken Wärrte wurden sie indessen in der Nacht von den Lübeckern kaum erkannt und meistens für Kosaken gehalten. Beim Einzug der Truppen wurde mit den Glocken, welche so lange hatten verstummen müssen, geläutet. Das Glockenspiel der Marienkirche spielte: „Nun danket alle Gott!“ Die Fenster der bewohnten Häuser wurden mit Lichtern besetzt, freilich nicht glänzend, doch soweit, als es Mangel, Not und Elend nur irgend gestatteten; die Straßen wurden belebt. Zwar nicht durch lauten Jubel, wohl aber durch Tränen der innigsten Rührung und durch stille Dankgebete zu dem Gott, der zwar eine Last aufgelegt, aber auch hilft, gab sich die Freude über die Erlösung von so schwerem Leiden unter den Bewohnern Lübecks kund.

„Der Kronprinz von Schweden, welcher seine Wohnung in dem Scheteligshaus in der Breiten Straße nahm, wurde bald nach seinem Einzuge, da eine eigentliche Behörde in Lübeck nicht vorhanden war, von einigen angesehenen Bürgern bewillkommt, auch wurden ihm die Schlüssel der Stadt überreicht. Er ließ am andern Morgen die in der Stadt anwesenden Mitglieder des ehemaligen Senats auf das Rathaus beschneiden und den von ihnen Erschienenen namens der Verbündeten erklären, daß Lübeck jetzt als freie Stadt zu betrachten und die alte Verfassung wieder herzustellen sei.

„Dasselbe war auch in dem von diesem Tage datierten Bulletin über die Kriegsoperationen der letzten Zeit ausgesprochen. „Lübeck“, heißt es darin, „nimmt seine ursprüngliche Benennung einer freien Hansestadt wieder an; die Fahne der Zivilisation und des Handels weht auf neue von ihren Mauern.“

„Charakteristisch ist es, daß derselbe Mann, welcher als Marshall Bernadotte und Prinz von Ponte-Corvo am 6. November 1806 im Namen Napoleons das Joch der Knechtschaft über Lübeck gebracht hatte, jetzt als Kronprinz von Schweden jener Erklärung die Worte hinzufügte: „So wird immer die Gerechtigkeit das von der Gewalt aufgeführte Gebäude zerstören!“

„Ueber die Wiederübernahme seiner konstitutionsmäßigen Funktionen erhielt der Senat am 7. Dezember eine Bekanntmachung. Die Schlüssel der Stadt wurden ihm indessen erst am 17. Januar des folgenden Jahres in Begleitung eines schmeichelhaften Schreibens des Königs von Schweden von einem höheren schwedischen Offizier zurückgegeben, welcher mit Begleitung in den Versammlungssaal des Senats eingetreten war, bei welcher Gelegenheit die in Lübeck anwesenden schwedischen Truppen, als der Senat auseinander ging, paradierten.“

Somit hatte Lübeck seine Selbständigkeit wieder erlangt. Die Befürchtungen, daß es bei irgendwelchen Friedenspräliminarien an Dänemark ausgeliefert werden könnte, waren unbegründet.

Das Johwabohu des Wiener Kongresses, zu welchem auch die Hansestädte ihre Abgeordneten gesandt hatten, hätte möglicherweise anders verfügen können, denn im steten Rausch der Bälle, Hofreuden, Wasseraden und lebenden Bilder, Feuerwerke und Karusselle, Jagden, Wagen- und Schlittenfahrten, wäre es dem Fürsten Metternich und anderen seines

Gleichen sehr leicht gewesen, die Hansestädte an den ersten besten taustufigen Potentaten zu verschachern, wenn nicht die unerwartete Nachricht von der Flucht Napoleons von der Insel Elba und seine Landung in Cannes (1. März 1815) wie ein kalter Wasserstrahl auf die gar zu eifrig auf ihre eigenen Vorteile bedachteten Herren gewirkt und sie zur Besonnenheit und einträchtigem Handeln getrieben hätte.

Das deutsche Reich mit seinem Wahlkaiserthum wurde nicht wieder hergestellt. Alle Staaten, die aus deutschen Ländern zusammengesetzt waren, oder zu Deutschland gehörige Länder besaßen, vereinigten sich zu einem unauflösliehen deutschen Bund, zur Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands und Unverletzlichkeit der einzelnen Bundesstaaten. Neben

einem Kaiserreich,
fünf Königreichen,
einem Kurfürstentum,
sieben Großherzogtümern,
neun Herzogtümern,
zehn Fürstentümern,
einer Landgrafschaft,

gehörten auch die vier freien Städte Lübeck, Hamburg, Bremen und Frankfurt a. M. diesem Bunde an.

Die Tarifverhandlungen im Malergewerbe.

Nach zweitägigen Kommissionsitzungen wurden die Verhandlungen, über die wir fortlaufend berichtet haben, am 27. Januar wieder im Plenum aufgenommen. Eine Einigung war auch in der Kommission nur über wenige der vielen strittig gebliebenen Tarifbestimmungen möglich gewesen. Nach längeren Verhandlungen ersuchten darum die beiderseitigen Parteien die Unparteiischen um unverbindliche Vorschläge über die zurückgestellten Positionen. Diese Vorschläge wurden den Parteien am Abend des 27. Januar unterbreitet. Die noch am selben Abend und am 28. Januar darüber gepflogenen Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Unternehmer über drei, die Gehilfenvertreter über zwei Positionen Schiedsprüche wünschten. Das so zustande gekommene Verhandlungsergebnis über das Tarifschema enthält vornehmlich in einer größeren Anzahl Bestimmungen eine genauere und zu verständlicheren Deutungen weniger als bisher auszuwählende Formulierung. Unter anderem wurde festgesetzt, daß die Zuschläge für Nachtarbeit (50 Proz.) auch für die Stunden zu zahlen sind, die vor Beginn der täglichen Arbeitszeit liegen und bisher mit 25 Proz. vergütet wurden, sofern sie sich an Nachtarbeit anschließen. Die Bestimmungen über Stundenlöhne wurden gleichfalls präziser gefaßt. Für Gehilfen im ersten Gehilfenjahr soll dann die freie Vereinbarung der Löhne zulässig sein, wenn sie das zwanzigste Lebensjahr erreicht haben. Nicht nur die Empfangnahme und Abfertigung, sondern auch die Bestellung der Materialien soll in Zukunft nur während der Arbeitszeit geschehen.

Von grundlegender Bedeutung ist die Umgestaltung der bisherigen drei Tarifinstanzen. Danach entscheiden in Zukunft die Oristarifämter nicht nur bei Streitigkeiten zwischen einzelnen Unternehmern und Arbeitern, sondern auch bei Streitigkeiten zwischen örtlichen Organisationen. In den ersten Fällen entscheiden die Oristarifämter endgültig, wenn das Preisobjekt nicht höher als 100 Mk. ist; bei letzteren ist Berufung an das Gautarifamt zulässig. Das Haupttarifamt ist nicht mehr wie bisher Berufungsinstanz, sondern entscheidet nur in grundsätzlichen, das ganze Vertragsgebiet berührende Angelegenheiten. Ferner wurde dem ganzen Paragraphen folgender Zusatz angefügt: „Wenn Oristarifämter oder Gau-

tarifämter die Erledigung der bei ihnen anhängig gemachten oder zu ihrer Zuständigkeit gehörenden Streitfälle verzögern, so hat der geschäftsführende Unparteiische des Haupttarifamts eine angemessene Frist für die Erledigung zu bestimmen, nach deren erfolglosem Ablauf ohne weiteres die nächsthöhere Instanz für diese Streitfälle zuständig wird.“

Durch eine weitere protokollarische Erklärung wurden den Organisationen bei Maßnahmen gegen die Mitglieder, die sich den Entscheidungen der Tarifinstanzen nicht fügen, bestimmte Direktiven gegeben. Alle diese Bestimmungen entsprechen dem Sinne nach den Forderungen der Gehilfenschaft, die eine schnellere und möglichst einfache Erledigung aller tariflichen Streitigkeiten im Auge hatte. Zu den Maßnahmen bei Tarifübertretungen wurde eine, bisher gegen solche Gehilfen, die auf Minderung der Arbeitsleistung hinwirkten, gerichtete Ausnahmebestimmung getrichen.

Die Bestimmung über die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise sind zwar anders formuliert, dem Sinne nach aber wenig geändert worden. Sämtliche Forderungen der Arbeitgeber über eine höhere Hinaufschraubung der Altersgrenze für die tarifliche Entlohnung, über die Schadenersatzpflicht, Stellung einer Kaution für Tarifübertretungen einzelner Mitglieder oder der örtlichen und der zentralen Organisationen u. a. m. wurden abgelehnt.

Am Nachmittag des 28. Januar wurde über die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit verhandelt. Dazu machten die Unternehmer das von den Arbeitervertretern nur humoristisch genommene Angebot, die Arbeitszeit in den Wintermonaten in denen sie bisher schon wegen mangelnder Arbeitsgelegenheit 6-7 Stunden beträgt, um eine halbe Stunde täglich zu verkürzen. Nach mehrstündigen Verhandlungen, die sich bis in den späten Abend hineinzogen, begründeten die Gehilfenvertreter in der nachdrücklichsten Weise ihre Forderungen, besonders unter Hinweis auf die vielfach zurückgebliebenen Verhältnisse in einer Anzahl Großstädte und vielfach vorhandene Ungleichheiten in nahe zusammenliegenden und gleichartigen Lohngebieten. Die Verhandlungen blieben vorläufig resultatlos. Hierauf machten die Unternehmer ihre zugefügten „Lohnangebote“: Gau 1 (Sitz Hamburg) lehnte jede Lohn-erhöhung ab. Gau 2 (Rheinland und Westfalen) bot ab 1. Juli d. J. und für 1914 je 1 Pfg. Lohnerhöhung. Gau 3 (Süddeutschland) bot ab 1. Juli d. J. 1 Pfg. und mit besonderem Vorbehalt evtl. einen weiteren Pfennig für 1914. Gau 4 (Mittedeutschland) lehnte jede Lohnerhöhung ab, „um den Tarifgedanken zu fördern.“ (?) Gau 5 (Berlin und Brandenburg) bot 1 Pfg. für dieses Jahr und für 1914. Gau 6 (Norddeutschland) bot wegen der preußischen Außenpolitik und aus Gründen der Sprachverhältnisse (?) ebenfalls mit Vorbehalt einen ganzen Pfennig. Diese großartigen, von den Gehilfenvertretern mit allgemeiner Heiterkeit aufgenommenen Lohnangebote sollen als zurückgezogen gelten, wenn eine Arbeitszeitverkürzung erfolgt.

Die Debatte über die Lohnfrage wurde am 29. Januar fortgesetzt. Wir werden über deren interessanten Verlauf noch berichten. Am Schluß der allgemeinen Aussprache unterbreiteten die Unparteiischen den Parteien den Vorschlag, die zentralen Verhandlungen am 22. Februar fortzusetzen. In der Zwischenzeit sollen bis spätestens 15. Februar d. J. die bestehenden Gautarifämter unter dem Vorsitz je eines Unparteiischen über die Forderungen der Lohn- und Arbeitszeitfrage beraten und entscheiden. Dem Vorsitzenden ordnen die beiderseitigen Parteien je einen nicht zum Berufe gehörigen Vertrauensmann bei. Die Resultate dieser Verhandlungen sind binnen drei Tagen mit Gründen versehen und unter Beifügung des einschlägigen Materials an den geschäftsführenden Unparteiischen, Magistratsrat v. Schulz-Berlin, einzusenden. Sie werden am 22. Februar von den drei Unparteiischen und den Vertretern der Zentralorganisationen geprüft. Die eventuelle Genehmigung aller bisherigen und zukünftigen Verhandlungsergebnisse ist bis 28. Februar d. J. dem geschäftsführenden Unparteiischen einzureichen. Der am 15. Februar ablaufende Tarifvertrag behält bis zur endgültigen Genehmigung des neuen Vertrages, jedoch nicht über den 28. Februar hinaus seine Gültigkeit.

Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

(19. Fortsetzung.)

Es gibt keine christliche Kunst, sagte Johannes sanftmütig den Kopf schüttelnd.

Nun gut, es gibt keine christliche Kunst, aber die Kunst soll doch das Ziel haben, die Zwecke des Staates und das religiöse Gefühl zu unterstützen.

Die Kunst hat gar keinen Zweck, antwortete der Doktor hartnäckig, sie ist sich selbst ein Zweck und Ziel, sie will nichts als das Schöne, und darüber läßt sich keine Erklärung geben. Es müßte denn sein, fügte er lächelnd hinzu, daß man sagen wollte, sie ist der Messias, den die bildende Menschheit erwartet, der das irdische Leben leicht, schön und glücklich machen soll.

Bester Doktor! rief Sternau belustigt, es hilft uns kein Schwärmen, wir müssen nüchtern die nüchternen Dinge betrachten, wie sie sind. Hat die Kunst keine Zwecke, so hat der Staat dergleichen und darf nichts dulden, was diesen entgegen ist. Rein sogenannter Messias verträgt sich damit, Christus selbst würde übel fortkommen; und wenn jemand Professor werden, ein Staatsamt annehmen will, so darf er mit keinem Programm auftreten, das damit beginnt, zu verkündigen, die Kunst sei dazu da, die Völker zur Freiheit zu führen, und könne nur gedeihen, wenn die Republik proklamiert werde.

Das habe ich aber nicht gesagt, erwiderte Johannes Gerber.

Gleichviel, man legt es Ihnen so aus. Mit dieser Abhandlung, wie sie da ist, dürfen wir also dem Minister nicht kommen. Alle die schönen Gedanken über Kunst und Bildung durch Kunst können Sie beibehalten, allein Ihre Entwicklung muß darauf hinausgehen, das die eigentliche Aufgabe der Kunst sei und bleibe, das religiöse Gefühl zu beleben, das patriotische Gefühl zu härten, kurz überhaupt Staat und Kirche zu unterstützen.

Aber das glaube ich nicht, sagte der Gelehrte. Ich glaube das auch nicht, lachte Sternau, aber darauf kommt es ja gar nicht an. Der Staat hat keine Zwecke, und Sie haben die Ihrigen, es kommt also darauf an, beide zu vermitteln.

Das werde ich niemals tun! erwiderte der Doktor im festen Tone, denn das wäre — Er schwieg still, und sein Unmut machte einer plötzlichen Freude Platz, denn sein Onkel hatte wie gewöhnlich den Kopf zur Tür herein, ehe er nachfolgte,

und mit einem Male dachte Johannes daran, was dieser Besuch zu bedeuten habe.

Was willst Du niemals tun? schrie der alte Herr mit dem Stöcke anstampfend, und dann wandte er die schelmisch blinkenden Augen auf den Herrn von Sternau, schwenkte seinen Hut und machte ihm eine ebenso tiefe Verbeugung, wie er sie vor der Frau Majorin gewöhnlich machte.

Es soll mir leid tun, fuhr er dabei mit seiner trübenden Stimme fort, wenn ich eine vertraute Unterhaltung unterbrochen hätte.

Ich glaube, wir werden uns darin nicht stören lassen, sagte Sternau, denn es handelt sich um etwas, worin Sie mir beipflichten werden. Der Doktor soll eine Professur erhalten, er hat eine Abhandlung geschrieben.

Wie das Volk durch die Kunst glücklich gemacht werden soll, fiel der alte Herr ein. Das ist eine sehr schöne Sache. Zunächst aber: Wollt Ihr das Volk glücklich machen, so gebt ihm Brot, gebt ihm Ordnungssinn und Zeit zum Nachdenken. Geht's heraus aus dem Schmutz der Armut und der Sünden, die daran kleben, und macht, daß jeder sein reines Hemd und seine reinen Hände lieb hat. Könnt Ihr das, so wird sich alles andere finden; könnt Ihr es nicht, so ist eure ganze Kunstszene dummer Zeug, und es wird im ganzen Leben nichts daraus.

Ganz vortrefflich! lachte Sternau, und sehr weise. Es kommt nicht darauf an, was man über ein so unfruchtbares Thema sagt. Der Stein wird niemals Brot werden, allein unser eigen Brot darf sich nicht in Stein verwandeln. Andern sie die Schrift da, lieber Doktor, es sind ja nichts als Buchstaben. Die Welt will betrogen sein, das ist die einzige Wahrheit, die durch Jahrtausende immer dieselbe geblieben ist. Dann geben Sie mir den Aufsatz zurück, und in etwa acht Tagen wird Ihnen nichts mehr zu wünschen übrig bleiben.

Johannes stützte seine Hand auf das Papier, seine Augen ruhten darauf. Wächtig hob er den Kopf auf und sagte mit voller Stimme: Ich ändere nichts! Was Sie Buchstaben nennen, sind keine gleichgültigen Zeichen, sie drücken meine Ueberzeugung aus; wenn ich andere dafür hinfegen könnte, würden es Lügen sein. Es kann sein, daß ich mich irre, allein es ist meine Meinung, ich glaube daran. Wer verleugnen kann, was er glaubt, der vertritt sich selbst und ist aller Schande fähig.

Die harten Worte brachten ein erneutes Rächeln auf Sternaus Lippen. Aber, bester Doktor, sagte er, mein Schwager kann Ihre Abhandlung in dieser Form nicht zu Ihrem Vorteil benutzen.

Und Vorteil muß doch alles bringen! rief der Onkel

höhnisch. Gewissen, Ehre, Ueberzeugung, es ist nichts als Hohnspott, wenn es nichts einbringt. Was ist Rechtfertigung, was ist Treue, was ist Freundschaft? Nichts als lächerliche Einbildung, die man verachten muß. Die Welt will betrogen sein. Das ist die einzige Wahrheit! Und so betrügt man alle Einfältigen und Leichtgläubigen. Man betrügt sie und verläßt sie, nimmt ihnen ihr Geld nicht allein ab, sondern tritt ihren Glauben, ihre Ehre unter die Füße, brandmarkt sie mit Schande und Hohn jeder Art, und es geschieht ihnen recht, denn warum waren sie nicht klüger!

Der alte Herr lachte vergnüglich und stampfte mit seinem Stöcke auf, indem er sein Gesicht mit den spottstüchtigen scharfen Augen nach allen Seiten wandte.

Herr von Sternau war unangenehm dadurch berührt, allein er war seiner Ueberlegenheit zu gewiß, um die Ungeschliffenheit dieses Wahlbürgers zu fürchten. Er wußte, welche Macht die Lante ausübte, was eine Bitte der hübschen Frau vermochte, daher lächelte er mit vornehmer Geringschätzung dazu. Wir wollen unsere Zeit nicht mit Geschwätz verderben, so belustigend dies auch sein mag, sagte er. Ueberlegen Sie wohl, was Sie tun, lieber Doktor, und ich denke, Sie werden das Richtige, das heißt das Verständige tun. Inzwischen gehe ich zu den Damen und werde deren Beistand in Anspruch nehmen. Auf Wiedersehen also!

Die letzte Erklärung klang drohend genug und verfehlte ihre Wirkung nicht. Johannes dachte sogleich daran, was die Lante und was Emma sagen würden, wenn er bei seinem Willen verharrte; wenn Sternau ihnen mittelste, daß nichts aus dem ganzen schönen Plane werden könne, und wenn dann alle über ihn herfielen. Ein zaghaftes Gefühl überkam ihn, verdrüstert und verwirrt sah er dem lächelnden klugen Freund nach, der wohl überzeugt sein mußte, was endlich doch das Ende sein werde, denn mit Stegesgewißheit hätte er dem Doktor zu.

Raum aber war er fort, als der alte Herr auf seinen Keffen losging und nicht weniger siegesfreudig ihn umarmte. Gut gemacht, Johannes! rief er, das ist ein Augenblick von der rechten Sorte. Du bist jetzt in der letzten Stunde; es muß also gesprochen sein. Weist Du denn, was in Deinem Hause vorgeht? Marie soll heut noch hinausgeworfen werden. Die Frau Lante, die hier kommandiert, hat es ihr eben angekündigt.

Das kann nicht sein, sagte der Doktor bestürzt. Und den Peter werfen sie hinterher, fuhr der Onkel fort. Der alte Narr steht draußen und heult wie ein Weib, weil er in ein Spital soll.

Nein, nein! antwortete der Doktor nach verlegener, er soll seine Tage in Ruhe verleben. (Fortsetzung folgt.)

Soziales.

Gegen die Volksfürsorge. Von Köln aus ist ein Zirkular des „Gründungs Ausschusses der „Hohenzollern“ Versicherungs-Vereinsgesellschaft in Köln“ an die katholische Geistlichkeit verandt worden. Wir entnehmen daraus diese Stellen: „Es handelt sich um die Schaffung einer Versicherungskasse auf ganz neuer Basis, welche ausschließlich den langgehegten Bedürfnissen des sog. Mittelstandes gerecht werden soll, um die Lösung eines volkswirtschaftlichen Problems, mit dem sich vornehmlich die Parlamentarier der Zentrumsfraktion seit langem befassen haben, weshalb denn Euer Hochwürden auch Abgeordnete dieser Fraktion in der ersten Reihe der Untfragen finden. Es handelt sich aber auch um nichts geringeres als um ein Gegenmittel gegen das von der Sozialdemokratie soeben geschaffene Versicherungs-Unternehmen „Volksfürsorge“, das letzten Endes nur bezweckt, sich die Parteikasse zu Agitationszwecken füllen zu lassen. Von diesen Gesichtspunkten aus halten wir eine Unterstützung unserer Sache durch den Klerus von der größten Bedeutung. Wir haben deshalb Veranlassung genommen, die Unterlagen der hiesigen kirchlichen Behörde zu unterbreiten und die Angelegenheit mit derselben eingehend zu berehen und hoffen gerne, daß Euer Hochwürden dem Unternehmen gleichfalls das ihm gebührende Interesse entgegenbringen werden.“ — Das Zirkular ist unterzeichnet von dem Reichstagsabgeordneten Chrystian (Vonn) im Auftrage des Gründungsausschusses. Gestandlich ist die Kühnheit, womit dieser gewesene Bäckermeister die „Volksfürsorge“ verleumdet, daß sie „letzten Endes nur bezweckt“, die sozialdemokratische Parteikasse zu Agitationszwecken zu füllen. Im übrigen offenbart dies nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Schriftstück wieder mal das intime Verhältnis des „interkonfessionellen“ Zentrums zum Klerus, vom letzten Kaplan angefangen bis zur kirchlichen Behörde, mit der die Sache „einhändig beredet“ wurde.

Krankenkassen bei der Reichspost. Auf Wunsch der Unterbeamten wie auch des Reichstags ist in jedem Ober-

beamteten errichtet worden. Die Beamten zeigen aber keine sehr große Neigung, diesen Kassen beizutreten; in Berlin z. B. haben bisher nur 346 Unterbeamte den Eintritt vollzogen. Das ist verständlich, wenn man erfährt, daß der Einfluß der Mitglieder auf die Kasse sehr gering ist. Den Vorsitzenden, der stets ein höherer Beamter ist, ernannt die Oberpostdirektion, ebenso den Vorsitzenden des Ausschusses, der außerdem in den Generalversammlungen allein über die Hälfte aller in der Versammlung vertretenen Stimmen verfügt. Der Beitrag beträgt monatlich 50 Pf. für ledige, 1 Mk. für verheiratete Mitglieder. Die letzteren müssen monatlich noch 25 Pf. mehr zahlen, wenn sie mehr als ein Kind haben. Die Leistungen der Kasse sind minimal. Bei Operationen und Entbindungen leistet die Kasse gar nichts, auch keine Zahnpflege. Die Genossen Moske und Zubeil übten am Mittwoch in der Budgetkommission des Reichstages energische Kritik an solchen Kassenrichtungen und forderten vor allem Änderung in der Richtung der Selbstverwaltung und höhere Leistungen. Die Reichspostverwaltung verhielt sich jedoch ablehnend; es müßten erst Erfahrungen gesammelt werden. Die Verwaltung schätzt aufsehnend die Unterbeamten so niedrig ein, daß sie ihnen nicht zutraut, eine für sie gegründete Kasse auch selbst zu verwalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Sozialdemokratische Kritik an schimpfenden Offizieren. Im September v. J. mußten niederschlesische Vergleute als Landwehrmänner eine Übung auf dem Truppenplatz Lamdorf bei Reize in Schlessen mitmachen. Hier wurden sie in ungläubiger Weise von einzelnen Offizieren mit Schimpfwörtern beleidigt. „Dimmelhunde“ und „Läranstier“ waren noch Kolonnamen. Ein Unteroffizier der Landwehr wurde so angeredet: „Du verfluchter Kassenspendant, in Zivil magst Du ja ein ganz tüchtiger Kerl sein, hier taugt Du aber nichts.“ Zu seinem Pferde pflegte

der Hauptmann folgendes zu sagen: „Siehe, sieh Dir einmal diese Affengesichter an“, und zu den Landwehrlenten gewandt schimpfte er mit Vorliebe: „Mein Pferd wird ja scheu vor Euch Affengesichtern.“ Eine andere sehr geldurstige Anrede an die verheirateten Männer war die: „Ihr Surenjungs, Du Surenjunge.“ Mit diesen und noch anderen unsäätigen Schimpfereien wurden die Mannschaften während der Übung fast täglich bedacht. Nach Schluß der Übung wurden der in Waldenburg erscheinenden „Schlessischen Vergewalt“ eine Menge Zuschriften und mündliche Darstellungen dieser Vorgänge überbracht. Nach Informationen bei etwa anderthalb Duzend Landwehrlenten konnte gar kein Zweifel bestehen, daß sich die Offiziere in der Tat in dieser unerhörten Weise der Beleidigung ihrer Untergebenen schuldig gemacht hatten. Die „Vergewalt“ schilderte in einem längeren Artikel diese Dinge und forderte die Militärbehörde zur Untersuchung auf. Der Artikel hatte Erfolg. Das Bezirkskommando erbat von der sozialdemokratischen Redaktion die Angaben von Zeugen. Mit Zustimmung der Gewährsmänner konnten eine ganze Anzahl Namen angegeben werden, und 22 Landwehrlenten und einige aktive Unteroffiziere beschwor, daß die in der sozialdemokratischen Zeitung wiedergegebenen ordinären Schimpfereien in der Tat vorgekommen sind. Am 18. und 22. Januar fanden vor den Gerichten der 11. und 9. Division Kriegsverhandlungen gegen den Hauptmann B. v. B. vom 38. Infanterieregiment in Glatz und den Leutnant B. v. T. von einem Liegnitzer Infanterieregiment statt. Gegen den Hauptmann beantragte der Ankläger drei Monate Festungshaft; es blieb aber nur bei vier Wochen Stubenarrest. Der Leutnant erhielt zehn Tage Stubenarrest. — So niedrig die Strafen auch sind, sie waren überhaupt erst möglich durch die Kritik des sozialdemokratischen Blattes.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stellung.
Verleger: Th. Sch. w. a. r. k. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1
Fernsprech: 761
Herren- u. Knaben Garderoben — Spezialität: Berufskleidung, Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen, Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunnen, Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxkin, Schlaf- u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schärzen, Korsetts, Strümpf, Handschuhe, Schlüps etc.
Aussteuer-Artikel.

Praktischer Wegweiser
Erscheint einmal wöchentlich • Geschäfte • empfohlen
Zur Beachtung empfohlen

Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Alumin.-Geschirr
Billigste Bezugsquelle für Öfen, Herde, Gaskocher, Gradenöfen
Adolf Bergfeldt
Ferdinandstr. 73 Mühlenstr. 35-40

Brot-Fabrik
Lübecker Central-Brotfabrik
Rich. Spangenberg
Lindenstr. 20-22. Fernruf 156
„Juwelbrot“
vollschmeckendes Kräft- u. Nährbrot
Backwaren jaglicher Art.

Kaufhaus Siegfried Klmann
Breite Str. 35, 1. Etage
Einzel-Möbel sowie kompl. Wohnung-Einrichtg. Herren-, Damen- u. Kinder-Konfektion Arbeiter-Garderob. Manufaktur-Waren Wäsche, Teppiche, Kinderwagen etc.
Auf Teilzahlung
in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

Möbelmagazin
Herm. Rist Hundestr. 13.
billigste Bezugsquelle für Tischler- u. Tapezierkfst.

Eutin
Deutsches Haus
Kiekerstr. 7
hält sich Vereinen u. Touristen bestens empfohlen.
Paul Schröder.

Arbeiter-Artik. Manufakturw.
Otto Albers
Markt 4 Kohlmarkt 10
Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art

Pflanzen-Butter
Delikates-Eigelb-Pflanzenbutter
Edel Margarine
„Heimchen“
das Pfund 80 Pfg.
Otto H. C. Voigt
Johannisstraße 22

Garten-Sämereien
Friedrich Michael
Breitestraße 49

Lederwaren u. Reiseartikel
J. H. Busson
Sattler, Sandstr. 8
Portemonnaies Lederwaren Brieftaschen Ränzel Schnittaschen Rucksäcke
Reit- und Fahr-Artikel

Musikinstrum.
Meyer & Eggert
Königsstraße 118.

Ludw. Grandt
Tischler- u. Möbelmagazin
Schuhwarenhaus R. Bendt
beste Bezugsquelle in Arbeiterschuh- u. auch Jess. Schuhw.

Arbeiter- und Berufskleidg.
J. H. Pein
am Markt
Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskleidung, Hüte und Hüteb.

Cigarrenhdig.
Elisabeth Sühr
Untertrave 20.
Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.
H. Müller Holstenstraße 42

Herrenartikel
Heinrich Waller
Breite Str. 60.
Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche.

Mineralwasser u. Spirituosen
J. C. Wessel
Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 759.
Verlangen Sie **Bunte Kuh-Kümmel**
Dr. Michael Spezialfabr. analkoholfreier Getränke. Tel. 1070.

Photographien
Samson & Co.
Breitestraße 39.
Erstes Atelier mit billigen Preisen - Amateur Bedarfsartikel.

Mölin
Otto Greve
Gastwirtschaft und Destillator.
Wilh. Lübcke
Restaurant Lübecker Hof Klub- und Balllokal. Kegelbahn.

Bäckereien
P. Johansson
Konditorei
Mühlentor 21

Eisenwaren u. Werkzeuge
G. Kagel & Co.
Seest. 18 Tel. 307

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.
Fritz Kruse
Inhaber: Paul W. Pöttger
Schlüsselbuden 32
Kaffee
in sämtlichen Preislagen.

Meierei
HANSA-MEIEREI
Lübeck's Ammie
Milk u. Milchprodukte
in anerkannt bester Qualität

Tapeten
Fritz Rehm
Beckergube 20.

Uhren u. Goldwar.
Rud. Hübener, Goldwar.
Ludw. Kuhn Herr- u. Damenb. Mützen, Pelzwar.
Chr. Voss & Sohn Schuhwaren u. Repar.-Wkst.

Brauereien
Trinkt **Adler-Biere**

Fleisch- und Wurstwaren
Ch. Hamann
Schlachtere
Markt 7 Kohlmarkt 4
Telephon 8923

Kinotheater
Metropol-Theater
Nur Breitestr., beim Rathause
Tägliche musikalische Vorstellung von 4-11 Uhr.
Jeden Samstag u. Mittwoch neues Programm.
Sonntag nach v. 2-4 Uhr-Vorstellung.

Verlangen Sie Bunte Kuh-Kümmel
Dr. Michael Spezialfabr. analkoholfreier Getränke. Tel. 1070.

Treibriemen u. Sattlerwaren
L. Köpcke & Dygers
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr
Reise-Utensilien, Schulmapp.
Taschen, Portemonnaies etc.
Huxstraße 29.

Schlutup
Otto Liebenow
Uhren, Goldwaren, Musikwerke - Eigene Reparaturwerkstätte.
W. Richter
Uhren u. Goldwaren
nebst eigener Reparaturwerkstatt

H. Lück
Brauerei zur
Waldmühle
Trinkt **Lübecker Vereins-Bräu**

Verlangt
Simonsbrot
Vollkornbrot, rauch Regen
Engländer mit Leinwand
- ärztlich empfohlen -
Brotfabrik in W. Mehlgraben.

Lichtspiele
Neues Lichtspiel-Theater
Breitestr. 18 neben Hansa-Café
Größtes, am besten ventilirtes
u. der Neuzeit entsprechendes
Lichtspiel-Etablissement.

Theater
Besucht das **Variété International**
Untertrave 42

Thüringer Wurstfabrik
Ihre Fabrikate empfiehlt
angenehmlich die
**Thüringer Wurst- und Fleisch-
Konserven-Fabrik**
August Scheere, Lübeck
Beim Retteich 14
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Schwartau
Herm. G. Schmidt
Markt 18
Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.
Adler-Druckerei Inh. Hans Gramp
Farben, Lacke, Kräftigungsmittel.
Alb. Glöck Schlachtere
u. Fleisch- u. Wurstwar
A. Klünder Schuhwarenhaus
Markt 17.
Rob. Finkert Verkehrslokal der
freien Gewerkschaft.
L. Schaaß Manufakturwaren
Arbeitergarderobe.

Kieker Schloßbräu
Trinkt
Fr. Kropf, Brauerei Götthar
Gartenstraße 27.
Absecht-Bier
L. August

Glas, Porzellan
ARNOLD BERG
Breitestrasse 35.

Uhren- und Goldwaren
L. Beinfeldt, Uhrm.
Uhren-Rep.-Werkstatt.
Pflaßstraße 4.
A. Matern
Uhrmacher,
Beckergube 26 Schweizer Uhren.